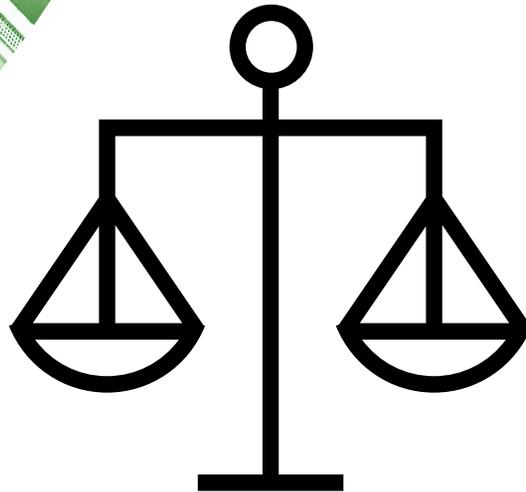
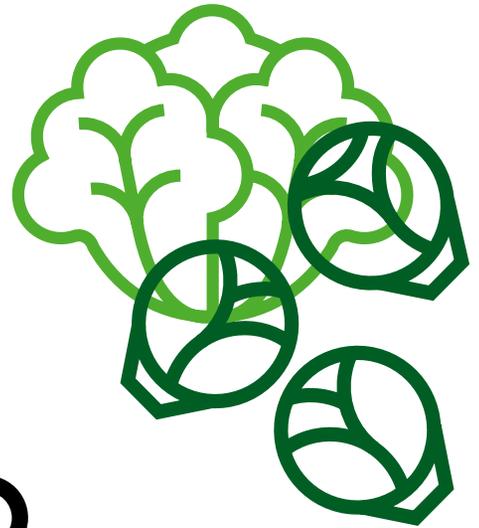


12/2019

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BERLIN

STACHLIGE ARGUMENTE

No.202



MIETENWAHNSINN STOPPEN

Damit Berlin unser Zuhause bleibt

SCHÜTZEN STATT KRIMINALISIEREN
Für eine moderne Drogenpolitik in Berlin

E-TRETROLLER
Hoffnung und Ärger auf zwei Rädern



GRÜNZEUG

DAS WÖRTERBUCH

WAS IST EIGENTLICH DER KLIMANOTSTAND?

In Pankow gilt er schon, nun plädiert Umweltsenatorin Regine Günther dafür, ihn auch für ganz Berlin zu erklären: der Klimanotstand.

Über 40.000 Unterschriften wurden dafür bereits von einer Volksinitiative gesammelt. Geprägt im englischsprachigen Raum als 'climate emergency' betont der Begriff die unaufschiebbare Notwendigkeit, Maßnahmen gegen die Klimakrise zu ergreifen. Der Notstand besagt, dass weiteres Abwarten oder Untätigkeit zwangsläufig in die Katastrophe führen würden. Daher berechtigt der Notstand zu sofortigem Handeln für den Ausstieg aus der CO2-Emission und zur Klimaneutralität.

Er besagt aber nicht, dass hierbei demokratische oder rechtsstaatliche Prinzipien umgangen werden sollen. Rechtlich bindend ist er nicht. Nach Konstanz im Mai 2019 haben bereits zahlreiche Städte in Deutschland den Klimanotstand ausgerufen, darunter Köln, Düsseldorf und Potsdam. In Ländern wie Frankreich oder Großbritannien gilt er bereits landesweit.

Von Henry Arnold

EDITORIAL

WER IST BERLIN?

Galoppierende Mieten und Grundstückspreise, Spekulation und Leerstand haben diese Frage in den letzten Jahren immer mehr in den Mittelpunkt der Politik geschoben – und sie steht auch im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Denn nur wer hier lebt, kann den unverwechselbaren Charakter dieser Stadt, ihrer Bezirke und ihrer Kieze prägen. Damit Berlin unser zu Hause bleibt, haben wir bereits viel getan: Alles zum Thema Mietendeckel, Vorkaufsrecht, Zweckentfremdung und Co. findet Ihr auf den Seiten 16 bis 25.

Auch sonst wird die grüne Handschrift immer sichtbarer: Grüne Fahrradstreifen erzählen von der Umsetzung des Mobilitätsgesetzes, ein neues Antidiskriminierungsgesetz stärkt die Rechte der Bürger*innen gegenüber dem Staat. Und auch der neue Berliner Doppelhaushalt 2020/21 setzt starke grüne Akzente, zum Beispiel bei der Drogenpolitik. Aber es bleibt noch viel zu tun.

Mit dieser Ausgabe verabschiedet sich die gewählte Redaktion der Stachligen Argumente. Nach dem neuen Konzept des Landesvorstandes wird es vor jeder Ausgabe ein offenes Treffen geben, bei dem alle interessierten Mitglieder ihre Ideen und Wünsche einbringen können. Meldet Euch zahlreich unter stachlige-argumente@gruene-berlin.de. Denn wir wünschen uns, dass die Stimme der Basis auch in den kommenden Ausgaben laut bleibt!

In diesem Sinne: Viel Spaß beim Lesen!
Eure Redaktion.

01

INHALT

DISKURS

- | | | | |
|-----------|---|-----------|---|
| 02 | ANTIDISKRIMINIERUNG
WAS BRINGT DAS NEUE GESETZ? | 09 | KULTUR
FUTURIUM |
| 04 | E-TRETROLLER
HOFFNUNG UND ÄRGER AUF
ZWEI RÄDERN | 10 | DROGENPOLITIK
SCHÜTZEN STATT
KRIMINALISIEREN |
| 06 | INTEGRATION
BREITE BÜNDNISSE SCHMIEDEN | 12 | WAS TUN!
SAISON-KALENDER |
| 07 | GEFLÜCHTETE MENSCHEN
ICH BIN NICHT ALLEIN | 13 | GLOSSE
VON DER VERKEHRSWENDE
ZUR MOBILITÄTSREVOLUTION |
| 08 | KULTUR
KREATIV UND NACHHALTIG | 14 | KINDERARMUT
GUTE STARTCHANCEN FÜR
ALLE KINDER |

SCHWERPUNKT

16

MIETENWAHSINN STOPPEN DAMIT BERLIN UNSER ZUHAUSE BLEIBT

- Aus den Bezirken heraus die Stadt retten
- Wohnungen sind zum Wohnen da
- Der rot-rot-grüne Mietendeckel kommt
- Neue Wohnungen braucht das Land
- Weckruf aus der Zivilgesellschaft
- Warum der Bund endlich liefern muss

VOR ORT

- | | | |
|-----------|--|---|
| 26 | FRAKTION, LAGen, AGen,
KREISVERBÄNDE
KLIMAHAUPTSTADT BERLIN
DENKEN OHNE GELÄNDER
LICHTENBERGER FAHRRADPOLITIK | BUNT-GRÜN
BEGEGNUNGEN IN DER
BERGMANNSTRASSE
DAS FLIEGENDE KLASSENZIMMER
REDAKTION |
|-----------|--|---|

ANTI-DISKRIMINIERUNG

WAS BRINGT DAS NEUE GESETZ?



DIRK BEHRENDT
Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung des Landes Berlin

Dirk, im Juni hat der Berliner Senat den Gesetzentwurf zum Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) beschlossen.

Worum geht es in dem Gesetz?

In Berlin besteht schon ein guter rechtlicher Schutz vor Diskriminierung. Im Verhältnis zwischen Staat und Bürger*innen sind aber noch Schutzlücken vorhanden. Das bundesweit erste Landesantidiskriminierungsgesetz wird diese Lücken schließen. Gerade in Zeiten, in denen die Gleichheit aller Menschen in Zweifel gezogen wird, soll dieses Gesetz allen Menschen in Berlin – egal welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe oder Herkunft – aufzeigen, dass die Berliner Verwaltung auch ihre ist.

Wie kann man sich das konkret vorstellen?

Vereinfacht gesagt besteht beim Thema Diskriminierung in Berlin gerade folgendes Problem: Wenn Frau Popescu mit Herrn Müller einen Vertrag schließt und sie dabei von ihm diskriminiert wird, dann hat sie juristische Möglichkeiten, sich gegen diese Diskriminierung zu wehren. Wenn Frau Popescu jedoch eine Genehmigung bei einem Amt beantragt und dabei diskriminiert wird, dann hat sie kaum juristische Möglichkeiten, sich zu wehren.

Kannst du ein Beispiel nennen?

Ein klassischer Fall wäre: Fünf Menschen beantragen eine Baugenehmigung. Vier von ihnen bekommen sie. Eine Person jedoch nicht – und die ist ausgerechnet die einzige Person mit einem rumänischen Nachnamen. Hier wird künftig das LADG greifen.

Was ändert sich dadurch für die Betroffenen?

Das LADG stärkt an drei zentralen Punkten die Rechte der betroffenen Menschen: Das Gesetz erleichtert es den Betroffenen, Diskriminierung nachzuweisen. Es sieht Ansprüche auf Schadenersatz und Entschädigung vor. Und es stärkt die Betroffenen, indem es ihnen bei Bedarf Antidiskriminierungsverbände zur Seite stellt.

»Das Gesetz erleichtert es den Betroffenen, Diskriminierung nachzuweisen. Es sieht Ansprüche auf Schadenersatz und Entschädigung vor. Und es stärkt die Betroffenen, indem es ihnen bei Bedarf Antidiskriminierungsverbände zur Seite stellt.«



Wie können Betroffene denn beweisen, dass sie diskriminiert wurden?

Bislang müssen Menschen, die eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung geltend machen wollen, Indizien beweisen. So ein Indizienbeweis ist oft sehr schwierig und macht eine gerichtliche Durchsetzung nahezu unmöglich. Mit dem LADG reicht es künftig aus, wenn die Betroffenen bestimmte Tatsachen glaubhaft machen, die eine Diskriminierung vermuten lassen. Dann liegt es an der staatlichen Seite zu belegen, dass sie nicht diskriminiert hat, sondern andere Gründe für die Entscheidung ausschlaggebend waren. Das LADG stellt damit ein juristisches Mittel zur Verfügung, das in anderen Rechtsgebieten bereits bekannt ist: Eine sogenannte Beweiserleichterung.

»Wenn Menschen von staatlichen Stellen in ihren Rechten verletzt werden, dann sollten sie einen Anspruch auf Schadenersatz und Entschädigung haben.«

Ok, nehmen wir an, eine solche Klage war erfolgreich. Was kann eine betroffene Person dann erwarten?

Wenn Menschen von staatlichen Stellen wegen ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihres sozialen Status oder ihrer Sprache diskriminiert werden, dann sollten sie einen finanziellen Ausgleich verlangen können. Bislang fehlen derartige Ansprüche. Das LADG schafft sie.

Das Interview führte Arne Jeschal.

Wird nun nicht eine Klagewelle auf Berlins Gerichte zurollen?

Nein, das glaube ich nicht. Die gleiche Angst gab es damals bei der Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Eine Klagewelle ist jedoch nie eingetreten.

Meinst du nicht, dass viele Menschen davor zurückschrecken werden, eine Behörde zu verklagen?

Die Sorge haben wir in der Tat. Es zeigt sich, dass sich viele Menschen davor scheuen, juristisch gegen staatliche Diskriminierung vorzugehen. Es ist kompliziert, es ist eine psychische Belastung und es gibt ein Risiko, dass man auf den Kosten sitzen bleibt. Daher wird anerkannten Antidiskriminierungsverbänden ein Verbandsklagerecht eingeräumt. Die Verbände können mit einer Klage also feststellen lassen, ob in einem konkreten Fall eine Diskriminierung vorliegt. Auch das ist bereits aus anderen Bereichen bekannt.

HOFFNUNG UND ÄRGER AUF ZWEI RÄDERN

Auf Berlins Straßen sind sie nicht mehr zu übersehen: Seit diesem Sommer stellen in der Stadt mehrere Anbieter elektrisch betriebene E-Tretroller zur Verfügung. Noch haben sich nicht alle Berliner*innen an den Neuen gewöhnt. Auch unsere Redaktion ist sich nicht einig.

Eine Schmähchrift und eine Verteidigung:

E-Tretrolle stehen, liegen oder hängen – auf Fußwegen, Fahrradwegen oder im Gebüsch. Sie blockieren Bahneingänge, Kreuzungen und Fußgängerüberwege. Zu beobachten sind leichtsinnige Jugendliche, ortsunkundige Touristen*innen und betrunkene Partygänger*innen. Sie rasen über Fußwege, geben waghalsige Manöver zum Besten und missachten die Straßenverkehrsordnung.

Der E-Tretroller – das neue Fortbewegungsmittel, welches Autofahrten ersetzen sollte – hat sich schnell als gefährliches Spielzeug entpuppt. Nicht nur durch den dilettantischen Umgang. Wesentliche Modifikationen zur Sicherheit und Fahrtüchtigkeit, z. B. Blinker, Helm- und Führerscheinplicht, stünden ihm gut zu Gesicht. Die Berliner Polizei zog Bilanz: 38 Verkehrsunfälle mit sieben Schwer- und 27 Leichtverletzten in zwei Monaten.

NACH 4 MONATEN ELEKTROSCHROTT

Auch zum Schutz unserer Umwelt trägt der neue motorisierte Spieler im heiß umkämpften Stadtraum nicht viel bei. Etwa 85 Prozent der Nutzer*innen wären ohne Roller zu Fuß gegangen, hätten den ÖPNV oder das Fahrrad genutzt. Zudem ist die Lebensdauer der Leih-Roller und Akkus offenbar gering. Nach nur ca. vier Monaten sind sie Elektroschrott.

Die Mobilität in Städten ändert sich. Wollen wir Verkehrsmittel abseits des Autos stärken, benötigen wir zusätzlichen Raum. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass neuer motorisierter Verkehr den nichtmotorisierten verdrängt. Ich bin Fußgängerin, Fahrradfahrerin, nutze den ÖPNV und wenige Male im Monat das Car-Sharing-Angebot. Den E-Tretroller habe ich nicht vermisst. Die letzte Meile gehe ich weiterhin zu Fuß.

Von Jennifer Tix

WIE GEHT'S WEITER IN BERLIN?

Kaum waren die E-Tretroller einige Wochen auf der Straße, war allen klar: Für die neue Mobilitätsform braucht es mehr Sicherheit durch Aufklärung, verstärkte Kontrollen, andere Räume und klare Regeln. Um die E-Tretroller langfristig und erfolgreich in das Berliner Mobilitätsnetz zu integrieren, lud die grüne Verkehrsministerin Regine Günther deshalb Politik, Polizei und Anbieter zum Gespräch. Spätestens zur Saison 2020 soll sich die Situation auf Berlins Straßen deutlich verbessern. Dafür wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

GEHWEGE SCHÜTZEN

Damit Gehwege besonders geschützte Räume für Fußgänger*innen bleiben, dürfen E-Tretroller in Zukunft nicht mehr darauf abgestellt werden. Stattdessen werden dafür durch die Bezirke eigene Plätze ausgewiesen, etwa indem Auto-Parkplätze oder andere geschützte Bereiche umgewandelt werden.

NEUE NO-PARK-ZONES

Das Abstellen des E-Tretrollers wird auch technisch via App eingeschränkt. Von einer Abstellmöglichkeit ausgenommen werden z. B. das Brandenburger Tor, das Holocaust-Mahnmal und vor allem Grünanlagen. Weitere Gebiete werden folgen.

MEHR SICHERHEIT

Basis-Information über Verkehrsregeln und sicheres Fahren wird in die Ausleih-Apps integriert. Die Anbieter werden zudem Fahrtrainings anbieten. Die Polizeipräsidentin kündigte verschärfte Kontrollen an, um Verstöße von Nutzer*innen etwa gegen das Gehweg-Fahrverbot zu ahnden.

AUSWEITUNG DES VERLEIHGEBIETS

Um eine wirkliche Ergänzung zum bestehenden Verkehrsnetz darzustellen, haben die Anbieter angekündigt, ihre Verleihgebiete sukzessive über die bereits gut ausgebauten Innenstadt-Areale hinaus zu erweitern.

Dass die neuen E-Tretroller allein nicht alle Probleme lösen und nicht sofort für die dringend benötigte Verkehrswende sorgen, ist klar. Aber sie sind ein Anfang. Wir schreien seit Jahren nach einer Lösung, um den Straßenverkehr in den Innenstädten endlich zu entzerren und umweltfreundlicher zu gestalten. Kaum gibt es eine neue Idee, wird sofort nur noch über die Nachteile diskutiert. Dabei wird oft vergessen, welche Vorteile die E-Tretroller mit sich bringen.

Obwohl Berlin über ein sehr gut ausgebautes ÖPNV-Netz verfügt, erreicht man nicht jeden Ort in der Stadt problemlos mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Aus Bequemlichkeit benutzen viele Menschen lieber gleich das Auto, als einen Teil des Weges mit den Öffentlichen zu fahren und den Rest der Strecke zu laufen. Diese sogenannte »letzte Meile« kann nun mit den Elektrorollern zurückgelegt werden. So kann man auf Auto und Stau verzichten, ohne auf seine Bequemlichkeit verzichten zu müssen.

12 = 1

Außerdem kommt es tatsächlich auf die Größe an. Zumindest dort, wo kein Platz ist, wie auf unseren Straßen. Auf der Fläche, die ein einziges Auto zum Parken beansprucht, kann man mindestens zwölf Roller abstellen. Auch die Kritik an der Sicherheit von E-Tretrollern läuft ins Leere. Allein im ersten Halbjahr 2019 gab es fast 10.000 Verkehrsunfälle in Berlin. Jeder einzelne Unfall ist einer zu viel. Aber es sind nicht die E-Tretroller, die Unsicherheit auf unsere Straßen bringen, sondern Autos, Busse und LKW. E-Tretroller machen also nicht nur Spaß, sondern können ein wichtiger Bestandteil einer umweltfreundlichen Verkehrswende sein.

Von Claudio Prillwitz

BREITE BÜNDNISSE SCHMIEDEN

»INTEGRATION GELINGT NICHT, WENN EINEM DIE ANGST IM NACKEN SITZT, MORGEN ABGESCHOBEN ZU WERDEN.«



Der Satz stammt von Constantin Terton, Bereichsleiter der Industrie- und Handelskammer Berlin. Terton war einer der mehr als 250 Gäste bei unserem grünen Fachtag zur Arbeitsmarktintegration im Abgeordnetenhaus zu Beginn des Jahres – darunter Berliner Unternehmen, Wirtschaftsverbände, die Bundesagentur für Arbeit, Flüchtlingsorganisationen und Willkommensinitiativen, Geflüchtete, Jobcoaches und Träger für berufliche Integration. Der Fachtag hat gezeigt, dass breite gesellschaftliche Bündnisse für Integration und Teilhabe möglich sind. Und dass Bündnis 90/Die Grünen diejenigen sind, die solche Bündnisse schmieden können.

Wer hier lernen und arbeiten will, soll bleiben dürfen. Deshalb müssen wir weg von Erwerbsverboten und brauchen einen gesicherten Aufenthalt nicht nur für Ausbildung und Beschäftigung, sondern auch in Schule und Berufsschule. Wir brauchen mehr Sprachförderung in den Betrieben selbst und eine raschere Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen und Abschlüssen.

Die öffentliche Debatte allerdings beschäftigt sich wenig mit solchen praktischen Problemen, sondern kreist überwiegend um Werte. Insbesondere muslimische Geflüchtete teilen die Grundwerte nicht, die einer offenen Gesellschaft zugrunde liegen – so die Ängste, die von Rechtspopulist*innen zusätzlich befeuert werden. Geflüchtete kommen in diesen Debatten kaum zu Wort.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration hat deshalb jüngst Geflüchtete zu den kulturellen Unterschieden befragt, die sie selbst wahrnehmen – mit interessanten Ergebnissen: Die meisten Zugewanderten sind froh darüber, dass hierzulande Rechtsstaatlichkeit, Demokratie sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau mehr gelten als in ihren Herkunftsländern. Schwerer fällt einigen die Gleichberechtigung von Homosexuellen und der Umgang mit Familie und alten Menschen in Deutschland. Dieser Befund zeigt, wo die Herausforderungen für kulturelle Integration liegen – aber er zeigt auch, dass wir gegenseitig voneinander lernen können.

Bündnis 90/Die Grünen als Menschen- und Bürgerrechtspartei dulden die Verletzung von Frauenrechten ebenso wenig wie Homophobie, Antisemitismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit. Auf Berlins Straßen müssen sich Menschen sowohl mit Kippa als auch mit Kopftuch, ob queer oder heterosexuell, ohne Angst bewegen können. Dafür kämpfen wir aber nicht allein. Gerade in Berlin gibt es viele Akteur*innen auch aus Migrantenorganisationen und -gemeinden, die diese Ziele teilen. Es ist Zeit für ein breites Bündnis für Grundrechte.

Von Bettina Jarasch, MdB, Sprecherin für Integration und Asyl der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus

ICH BIN NICHT ALLEIN.

Ali Al Khalaf* hat versucht, sich das Leben zu nehmen. In seiner Heimat Irak wurde er gefoltert. Deshalb ist er nach Deutschland geflohen. Doch die traumatischen Erfahrungen verfolgen ihn bis heute. So wie Al Khalaf geht es vielen Geflüchteten, die nach Berlin kommen. Krieg, Verfolgung und Gewalt hinterlassen Spuren.

Um Menschen wie ihm zu helfen, wurde die kultursensible Arbeit für geflüchtete Menschen in den Kontakt und Beratungsstellen (KBS), den Beratungsstellen für Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit und dem Zuverdienst geschaffen.

Die Traumatisierung durch Krieg und Gewalt, durch den Verlust von Kindern, Eltern und Ehepartner*innen, der materiellen Existenz, des gesellschaftlichen Status, des Umfeldes und der damit verbundenen Sicherheit und Orientierung – all das bedarf einer langfristigen Unterstützung.

Hedda Stegmann von der KBS Pinel gGmbH erläutert: **»Es sind Menschen mit Depressionen, Suizidalität, Psychosen oder in Krisensituationen, zu denen wir in die Unterkünfte gehen. Zudem bieten wir das Beschäftigungsangebot des Zuverdienstes, das ihnen Tagesstruktur in Gemeinschaft gibt und hilft, aus der Depression herauszukommen.«** Auf diesem Weg wird versucht, die Geflüchteten noch besser ans Regelsystem heranzuführen. »Es muss vorgebeugt werden, dass sich Erkrankungen verschlimmern, damit Krankenhausaufenthalte und Polizeieinsätze überflüssig werden«, so Stegmann. Al Khalaf hat in der KBS Unterstützung gefunden. Die Beratung und Begleitung haben ihn stabilisiert und die Gruppenaktivitäten aus der Isolation geholfen. **»Ich bin nicht allein. Vie-len wird hier geholfen«,** übersetzt Mahmoud El Agami,

Sozialarbeiter der KBS Platane 19. **»Ohne die Hilfe der KBS wäre ich heute nicht mehr hier.«**

Auch Ibrahima Camara* aus Guinea brauchte Hilfe für die psychosoziale Belastung durch die Flucht und hatte keine Informationen, wo er sie bekommt. »Ich sollte einen Dolmetscher bezahlen, um mich verständlich zu machen«, übersetzt Cathy Kopp, Sozialpädagogin, Platane 19. »Ich wusste nicht, wohin ich gehen sollte.« Die KBS half ihm.

Anja Oezoy, Ergotherapeutin im Zuverdienst, sagt: **»Manchmal dauert es, bis sich die Folgen einer Traumatisierung zeigen und geflüchtete Menschen Hilfe bekommen. Ihnen fehlt das Wissen und die Erfahrung mit dem Hilfesystem. Sprachbarrieren kommen hinzu. Der Zuverdienst bietet Tagesstruktur. Und es ist etwas anderes, Kolleg*in zu sein als Patient*in.«**

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass Geflüchteten in Notlagen auch weiterhin geholfen wird. Im aktuellen Haushalt wird eine sechsstellige Summe für das Berliner Netzwerk für besonders Schutzbedürftige bereitgestellt.

Beim Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) wird ein Notfall-Fonds eingerichtet. Darüber können die Dolmetschkosten für die Behandlung von Bewohner*innen der LAF-Unterkünfte erstattet werden. Außerdem wird auf grüne Initiative das Projekt TransVer gefördert, das u.a. kultursensible Weiterbildungen für Fachpersonal anbietet. Ganz besonders muss die erfolgreiche aufsuchende Arbeit als Brücke zwischen den geflüchteten Menschen und der bestehenden Regelversorgung gesichert werden.

Von Wolfgang Schmidt
*Namen von der Redaktion geändert

KREATIV UND NACHHALTIG

Kreativität ist gefragt. Seit Jahren ist die Branche im Aufwind, die creative city berlin wächst und wächst. Mittlerweile sind es über 30.000 Unternehmen mit ca. 200.000 Beschäftigten, das entspricht ca. 13 Prozent aller in Berlin erwerbstätigen Menschen.

Hinzu kommen die vielen Künstler*innen, die sich in den staatlich geförderten Institutionen und den geförderten freien Projekten um den nicht kommerziellen Bereich der Kultur verdient machen. Und obwohl der Anteil der Kultur am Gesamthaushalt Berlins nur schmale 2,5 Prozent ausmacht: Sie alle tragen entscheidend zum Image der Stadt bei und bringen einen der wichtigsten Wirtschaftszweige Berlins zum Brummen. Und dabei stützen sie sich allein auf ihren Erfindungsreichtum und ihre Phantasie.

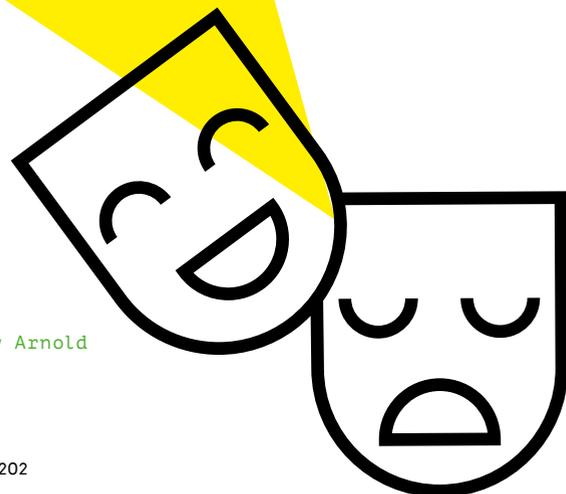
Sie alle tragen entscheidend zum Image der Stadt bei.

Ist das wirklich so? Leider nein. Denn auch die Kreativen* leben nicht nur von ihren Ideen. Auch sie verbrauchen Ressourcen – teils gedankenlos und über Gebühr. Und wie in so vielen Wirtschaftsbereichen kommt Nachhaltigkeit dabei noch oft zu kurz. Filmteams oder Tanzcompagnien reisen um die halbe Welt. Erst kürzlich brach das gesamte Deutsche Symphonie Orchester, begleitet von Senator Lederer, von Berlin zur Tournee durch Südostasien auf. Jeder gestreamte Film muss in ständig wachsenden Rechenzentren vorgehalten werden, die mittlerweile knapp 4 Prozent des weltweiten Energiebedarfs verschlingen – Tendenz steigend. Bühnenbilder werden aufwendig gebaut und nach kurzem Gebrauch mangels Lagerkapazitäten wieder vernichtet.

hat in einem seiner jüngsten Newsletter die gesamte Branche zum Umdenken aufgefordert. Das Bewusstsein ist geschärft. Aber es bleibt noch viel zu tun.

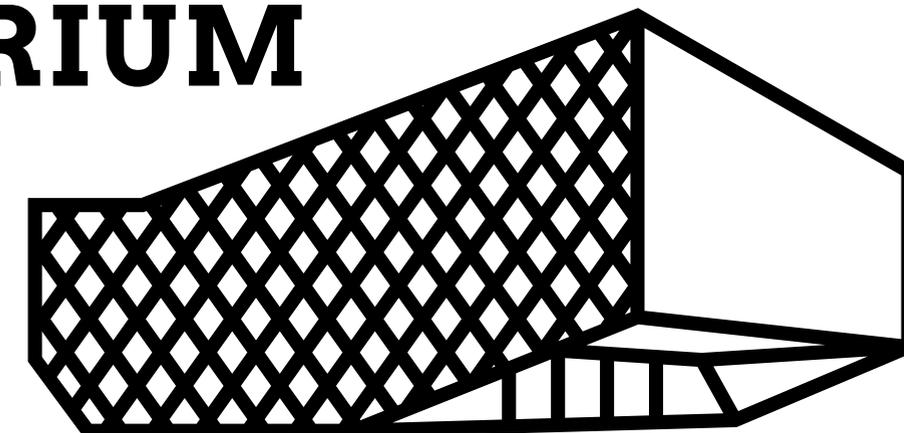
Von Henry Arnold

Aber das Bewusstsein, dass sich auch hier etwas ändern muss, nimmt zu. Schon seit 2006 befinden sich in Pankow die »Kunststoffe«, ein Materiallager zur Wiederverwertung für Kunstschaffende und Bildungseinrichtungen. Und 2007, also vor 12 Jahren, ist der französische Choreograf Jérôme Bel aus dem Reise-Karussell mit gesamten Ensembles ausgestiegen. Stattdessen finden die Proben via Skype statt, die Stücke werden mit Tänzer*innen vor Ort neu einstudiert. Die schwedische Sängerin Malena Ernman, Mutter von Greta Thunberg, nimmt nur noch Auftritte an Orten an, die sie mit der Bahn erreichen kann. Und der Bundesverband Schauspiel



FUTURIUM

EIN KOMMENTAR



WIE WOLLEN WIR LEBEN?

*– diese Frage können nicht ausgewählte Gruppen oder Politiker*innen allein beantworten. Es ist eine Frage, die sich jede*r Einzelne stellen muss und die nur gesamtgesellschaftlich mit Leben gefüllt werden kann.*

Wie gestalten wir unsere Lebensräume, unsere Arbeitswelten und Städte? Wie unser soziales Miteinander, öffentliche Plätze und ganz private Räume? Um sich den Antworten auf diese großen Fragen zu nähern, ist in Berlin ein neuer Ort entstanden, ein Ort des Entdeckens, des Ausprobierens und des Austauschs. Das Futurium ist ein Haus der Wissenschaft, ein Ausstellungsort und Labor, begleitet von einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm mit Workshops, Kneipenquiz und Speeddating zwischen Bürger*innen und Wissenschaft.

Vorgestellt werden Ideen, Forschungsansätze, bereits erprobte oder auch strittige Konzepte, z. B. aus den Bereichen Architektur, Gesundheit, Energie und Umweltschutz. Dabei zeigt das Futurium unter anderem, wie wir von der Tier- und Pflanzenwelt lernen können, welche neuen Baustoffe und Konstruktionen helfen, nachhaltig zu bauen, welche Alternativen es bereits heute für Kunststoffe oder andere Materialien gibt. Und nicht selten habe ich mich gefragt: Warum gibt es das noch nicht bei uns?

Als Betrachter*in ist es leicht, den Mangel an großen Taten und Veränderungen anzuprangern – doch nicht so im Futurium. Hier bin ich Teil der Ausstellung, interaktiv verknüpft, und jede der vorgestellten Ideen steht im unmittelbaren Zusammenhang mit meinem eigenen Alltag. Wie halte ich es mit dem Konsum? Welcher Energietyp bin ich? Was tue ich für den Klimaschutz? Wie stehe ich zu neuen Technologien oder der Genforschung, wenn mein eigenes Leben daran hängt? Für diese Fragen schafft das Futurium Raum.

NEUGIERDE UND HOFFNUNG

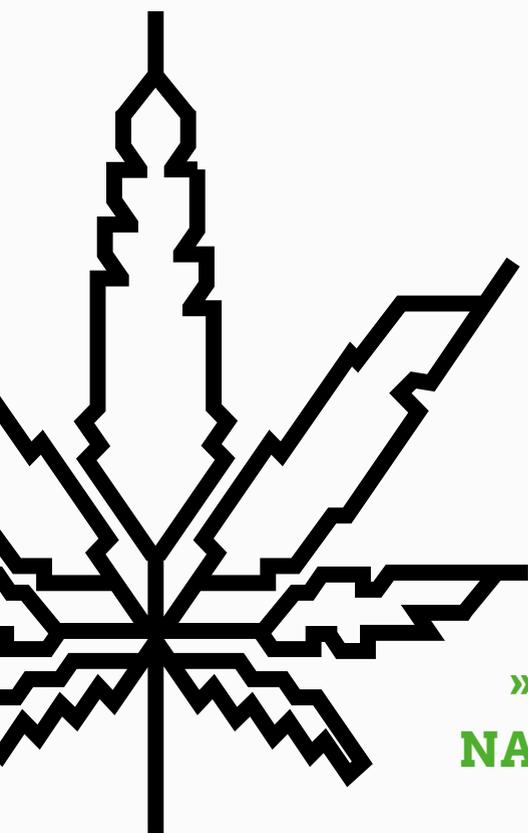
Im Angesicht unserer globalen und existenziellen Probleme ist es leicht, ein Gefühl der Ohnmacht zu verspüren. Doch Ängste können weichen, Neugierde und Hoffnung Mut machen. Das Futurium bietet nicht die eine Antwort, doch es ermöglicht einen umfassenden und differenzierten Blick in die Zukunft – offen für alle. Es schärft das Bewusstsein für Fragen, die wir uns heute stellen müssen, wenn wir unsere Zukunft aktiv mitgestalten wollen. Und es bietet uns den Raum, unsere eigenen Antworten zu finden.

NEHMEN WIR UNS DIE ZEIT.

Von Jennifer Tix

SCHÜTZEN STATT KRIMINALISIEREN

FÜR EINE MODERNE DROGENPOLITIK
IN BERLIN



Das weltweite Drogenverbot ist gescheitert. Die Nachfrage nach Drogen aller Art ist unverändert hoch. Drogenkonsum ist in allen Schichten der Gesellschaft Alltag. Weiterhin sterben in Mittelamerika Hunderttausende in Drogenkriegen. Drogenhändler bestimmen über die Qualität der Ware, strecken sie und spielen somit mit der Gesundheit der Konsument*innen. Jugendliche haben freien Zugang zu Drogen, denn Dealer*innen fragen nicht nach dem Ausweis. Unterm Strich gewinnen somit derzeit nur die Konten der Drogenkartelle. Alle anderen verlieren.

**»DAS BEDÜRFNIS
NACH RAUSCH IST
MENSCHLICH.«**

Mehr und mehr sickert die Erkenntnis durch: Es braucht einen radikalen Wandel in der Drogenpolitik. Uruguay, Kanada und einige US-Bundesstaaten haben inzwischen Cannabis legalisiert. Schon 2001 entkriminalisierte Portugal alle Drogen. Die Auswirkungen sind bemerkenswert: Die Drogenkriminalität hat nachgelassen, der Konsum ist zurückgegangen und es gibt weniger Todesfälle.

»Das Bedürfnis nach Rausch ist menschlich. Das sollte endlich akzeptiert werden«, sagt Werner Graf, Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. »Die Frage ist längst nicht mehr, ob Menschen Drogen nehmen, sondern wie die Politik mit dem Konsum umgeht.« Während die Bundesregierung weiterhin mit Scheuklappen agiert und sich stur neuen Ansätzen verweigert, haben Bündnis 90/Die Grünen Berlin ihren Weg gefunden: weg von der Tabuisierung, hin zu Aufklärung und Selbstbestimmung.

**ZEIT FÜR
EINEN NEUEN ANSATZ**

**BERLIN
GEHT VORAN**

»Verbote führen nachweislich nicht zu weniger Konsum, sondern erhöhen die Gefahr für die Gesundheit der Menschen und finanzieren die organisierte Kriminalität«, so Werner Graf. »Statt Konsument*innen zu bestrafen, müssen wir sie schützen und ihnen einen aufgeklärten Konsum ermöglichen.« Auf Druck der Grünen wurde im Sommer beschlossen, dass Berlin als erstes Bundesland eine Stelle für Drug-Checking einrichtet. Das Modell sieht vor, dass Konsument*innen ihre Drogen an Beratungsstellen abgeben können und sie dort auf Wirkstoffgehalt und Verunreinigungen hin getestet werden. So erfahren die Nutzer*innen, was wirklich auf sie wirkt. »Nach langem juristischem Vorlauf schaffen wir endlich die Möglichkeit, Konsument*innen vor den Risiken gepanschten Stoffes zu bewahren«, sagt Catherina Pieroth, Sprecherin für Drogenpolitik der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus. »200.000 Euro jedes Jahr haben wir im Berliner Doppelhaushalt 2020/21 dafür durchgesetzt. Das kann Leben retten.«

Auf Initiative der Berliner Grünen wurde außerdem ein Modellprojekt für Cannabis-Kosument*innen angestoßen, das in den nächsten zwei Jahren mit 700.000 Euro gefördert wird. Das Projekt sieht vor, dass landesweit an Menschen staatlich kontrolliert Cannabis abgegeben wird und dabei die Folgen einer kontrollierten Abgabe wissenschaftlich untersucht werden. Somit könnte erstmals seit dem 70-jährigen Verbot eine wissenschaftliche Betrachtung stattfinden und eine faktenbasierte Debatte über Jugendschutz, Verbraucherschutz, Schwarzmarkt und frühzeitige Therapien geführt werden. Weitere Schritte sind für die Berliner Grünen denkbar, zum Beispiel, dass Privatpersonen einzelne Pflanzen für ihren Eigenbedarf anpflanzen können. »Wer sein eigenes Gras auf dem Balkon wachsen lässt, weiß genau, was drin ist«, sagt Werner Graf.

Auch die Präventionsarbeit und Suchthilfe konnte die grüne Abgeordnetenhausfraktion in den Haushaltsnachverhandlungen stärken. Denn Drogen sind gefährlich und Menschen, die damit nicht umgehen können, brauchen Unterstützung und keine Strafverfolgung. Damit sich die Konsument*innen der Risiken bewusst sind, werden in den nächsten beiden Jahren 2,5 Millionen Euro an erfahrene Trägerorganisationen gehen.

Klar ist: mit jedem dieser Schritte gewinnen Konsument*innen – und Drogenkartelle verlieren. Um der Drogenkriminalität in Berlin wirklich das Wasser abzugraben, sind in Zukunft weitere Maßnahmen notwendig. Werner Graf könnte sich beispielsweise vorstellen, die Eigenbedarfsregelung nicht nur für Cannabis, sondern auch für andere Drogen anzuwenden. »Für die Gesundheit der Berliner*innen und im Kampf gegen das organisierte Verbrechen sind wir Grünen jederzeit bereit, mutig voranzugehen.«

**»VERBOTE FÜHREN
NACHWEISLICH NICHT ZU
WENIGER KONSUM, SONDERN
ERHÖHEN DIE GEFAHR FÜR DIE
GESUNDHEIT DER MENSCHEN UND
FINANZIEREN DIE ORGANISIERTE
KRIMINALITÄT«**

**SCHUTZ
DURCH AUFKLÄRUNG**



12

WAS TUN!

DEZ. – SAISON- MÄRZ KALENDER

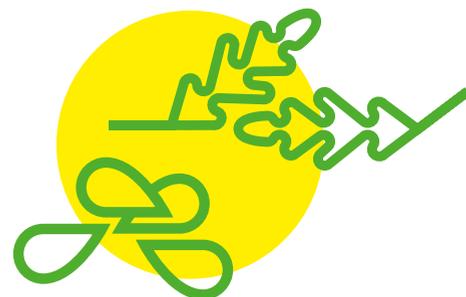
FREILANDPRODUKT ●
GESCHÜTZTER ANBAU ●●
LAGERWARE ●●●

	DEZ	JAN	FEB	MÄRZ
GRÜNKOHL	●●	●●	●●	●●
PORREE	●●	●●	●●	●●
ROSENKOHL	●●	●●	●●	●●
FELDSALAT	●●	●●	●●	●●
RUCOLA	●●	●●	●●	●●
KOPFSALAT	●●	●●	●●	●●
RHABARBER	●●	●●	●●	●●
APFEL	●●	●●	●●	●●
BIRNE	●●	●●	●●	●●
CHICORÉE	●●	●●	●●	●●
CHINAKOHL	●●	●●	●●	●●
KARTOFFEL	●●	●●	●●	●●
KÜRBIS	●●	●●	●●	●●
MÖHRE	●●	●●	●●	●●
PASTINAKE	●●	●●	●●	●●
RETTICH	●●	●●	●●	●●
ROTE BEETE	●●	●●	●●	●●
ROTKOHL	●●	●●	●●	●●
SCHWARZWURZEL	●●	●●	●●	●●
SELLERIE	●●	●●	●●	●●
SPITZKOHL	●●	●●	●●	●●
STECKRÜBE	●●	●●	●●	●●
WEISSKOHL	●●	●●	●●	●●
WIRSING	●●	●●	●●	●●
ZWIEBEL	●●	●●	●●	●●

REGIONAL UND SAISONAL GESUND UND UMWELTFREUNDLICH

Erdbeeren im Dezember und Spargel im August – kein Problem! Das suggeriert uns die unerschöpfliche Vielfalt in den Supermärkten. Doch importiertes Obst und Gemüse enthält kaum noch Vitamine, wird stärker mit Pestiziden behandelt, weist häufig einen höheren Energie- und Wasserbedarf beim Anbau auf, und weite Transportwege erzeugen Unmengen an Emission.

Am besten für Umwelt und Gesundheit ist daher noch immer regionales und saisonales Obst und Gemüse. Entdeckt mit unserem Saisonkalender die heimischen Sorten im Wechsel der Jahreszeiten neu und entfaltet Eure Kreativität beim Kochen! Auch während der Saison solltet ihr allerdings beim Einkauf darauf achten, woher die Lebensmittel stammen.



TIPP:
Baut selbst an – zum Beispiel durch eine Mitgliedschaft in einer Solidarischen Landwirtschaft, auf einem Miet-Acker, dem eigenen Balkon oder im Garten.

Von Jennifer Tix

13

GLOSSE

Mit dem Verkehr fing alles an.

Die Menschen verkehrten miteinander, ob nun geschäftlich oder geschlechtlich, und da war ordentlich was los, da war was in Bewegung. Die Menschen hatten Umgang. Doch irgendwann wollten die Menschen nicht mehr gehen, sie zogen es vor, in Kisten zu sitzen und zu rollen. Dieser neue Verkehr wurde zum Naturphänomen erklärt und zunächst flossen die Verkehrsströme auch noch. Aber als es immer mehr wurden in ihren Kisten, da stockte es und staute sich. Und aus den Flüssen wurden Lawinen. Also musste eine Ordnung her. Man erfand die Verkehrs-Ordnung und stellte sie göttlichen Geboten gleich, denn wer sich nicht daran hielt, wurde zur Sünder*in erklärt, festgehalten in Karteien und Dateien. Aber die Sünder*innen durften Buße tun, denn man schuf zugleich das Bußgeld – eine Art Ablasshandel zum Sündenerlass. Und dennoch half alles nichts, es lief weiterhin etwas verkehrt mit dem Verkehr. Bald saßen die Menschen, zumeist allein, in ihren stinkenden Kisten und rollten nur noch selten. Der Verkehrsfluss wurde zäh und kam zum Erliegen. Schließlich wurde der Verkehr selbst zum Patienten. Er kollabierte und erlitt Infarkte. Zur Linderung musste er beruhigt werden. Gelegentlich musste er ruhen, der Verkehr, doch dann wurde er erst recht zum Problem. Denn wenn er ruhte, dann hatten die Menschen ihre Kisten verlassen, und diese standen sinnlos und platzraubend in der Gegend herum.

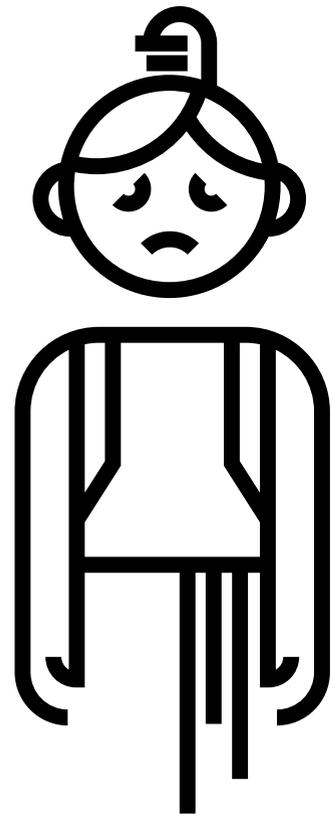
Es wurde dringend Zeit für eine Wende. Kein Wendemanöver, mit quietschenden Reifen, nein, eine Kehrtwende im Verkehr. Kein Stillstand im Sitzen mehr, sondern heraus aus den Kisten, an die Luft. Die Menschen entdeckten, wie mobil sie waren, sie freuten sich an der Bewegung, sie kehrten das Unterste zu oberst, sie revoltierten, und plötzlich war sie da: Die Mobilitätsrevolution! Und siehe, es war eine friedliche Revolution, schnell fegte sie allen Lärm und Dreck und Gestank davon und gab den Menschen den Verkehr zurück!

Von Henry Arnold

VON DER VERKEHRSWENDE ZUR MOBILITÄTS- REVOLUTION

SCHLUSS MIT KINDERARMUT

GUTE STARTCHANCEN FÜR ALLE KINDER IN BERLIN



Berlin ist Hauptstadt der Kinderarmut, jedes dritte Kind ist hier auf Transferleistungen angewiesen – das sind etwa 180.000 Kinder. Der Kindergelbstag, der Schulausflug – Dinge, die für andere Kinder selbstverständlich sind, sind für viele dieser Kinder ein Luxus, den sie selten erleben. Diese Ungerechtigkeit ist gerade in einem so reichen Land wie Deutschland nicht hinnehmbar. Deshalb setzen wir Bündnisgrünen uns seit Jahren dafür ein, dies endlich zu ändern. Und deshalb haben wir als Landesvorstand in diesem Jahr einen Schwerpunkt auf das Thema Kinderarmut gelegt.

180.000

KINDER SIND AUF TRANSFERLEISTUNGEN ANGEWIESEN.

»**ÜBERALL HABE ICH ERLEBT, WIE AUFOPFERUNGSVOLL MENSCHEN SICH UM VON ARMUT BETROFFENE FAMILIEN KÜMMERN UND VERSUCHEN, DEN KINDERN EIN MÖGLICHST NORMALES LEBEN ZU ERMÖGLICHEN.**«

Sowohl auf Bundesebene als auch auf Berliner Ebene gibt es eine Menge zu tun: Prävention und Beratung stärken, Kinder- und Jugendzentren fördern oder finanzielle Absicherung für Familien durch die Einführung einer Kindergrundsicherung gewährleisten – das sind nur einige der Baustellen, um die wir uns als Politik endlich mehr kümmern müssen.

In Berlin gibt es viele Einrichtungen und Akteur*innen, die bereits großartige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die von Armut betroffen sind, leisten. Einige dieser Einrichtungen habe ich im Rahmen meiner Sommertour besucht. Es war beeindruckend zu sehen, mit wie viel Herzblut die Menschen, die hier arbeiten, sich für Kinder und Jugendliche engagieren. Sei es die Notunterkunft für wohnungslose Familien, das Familienzentrum oder die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung im sozialen Brennpunkt oder auch Beratungsstellen für junge Familien: Überall habe ich erlebt, wie aufopferungsvoll Menschen sich um von Armut betroffene Familien kümmern und versuchen, den Kindern ein möglichst normales Leben zu ermöglichen.

Und viel zu oft habe ich gespürt, dass die Menschen, die hier arbeiten, selbst auf dem Zahnfleisch gehen. Unsichere Finanzierung der Einrichtungen, immer nur kurzfristige Projektfinanzierung für die Stellen der Sozialarbeiter*innen – all das führt zu Unsicherheit und Frust ausgerechnet bei den Leuten, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine so wichtige Arbeit leisten.

Deshalb fordern wir Berliner Grünen, dass solche Einrichtungen und ihre Mitarbeiter*innen längerfristig eine sichere Finanzierung haben. Unter Rot-Rot-Grün konnten wir bereits erreichen, dass das Projekt Stadtteilmütter, das auch im Hinblick auf Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut gute Arbeit leistet, in eine sichere, langfristige Finanzierung überführt wird. Das sollte in der Kinder- und Jugendarbeit der Standard werden.

Wir haben aber auch gesehen, wie häufig Familien an strukturellen Hürden scheitern. Deshalb wollen wir in Verwaltung und Arbeitswelt die Hürden abbauen. Wir brauchen endlich Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die die tatsächlichen Arbeitszeiten der Eltern abdecken. Dafür müssen die Öffnungszeiten der Kitas ausgebaut werden; es braucht aber auch eine Ausweitung des mobilen Kinderbetreuungsservices, der Kinder zu Hause betreut, wenn Eltern etwa in Nachtschichten arbeiten. Denn der sicherste Weg aus der Armut ist eine gute Arbeit, von der man leben kann – dieser nachzugehen, wollen wir allen Eltern ermöglichen.

»**UND VIEL ZU OFT HABE ICH GESPÜRT, DASS DIE MENSCHEN, DIE HIER ARBEITEN, SELBST AUF DEM ZAHNFLEISCH GEHEN.**«

Und auch die Verwaltung wollen wir umbauen, damit Eltern nicht mehr von Pontius zu Pilatus rennen müssen, um das Kindergeld hier, das Wohngeld dort und das Elterngeld an der dritten Stelle zu beantragen. Wir wollen Familienbüros in den Bezirken, wo all diese Anträge gebündelt gestellt werden können – am besten mit einem einzigen Formular.

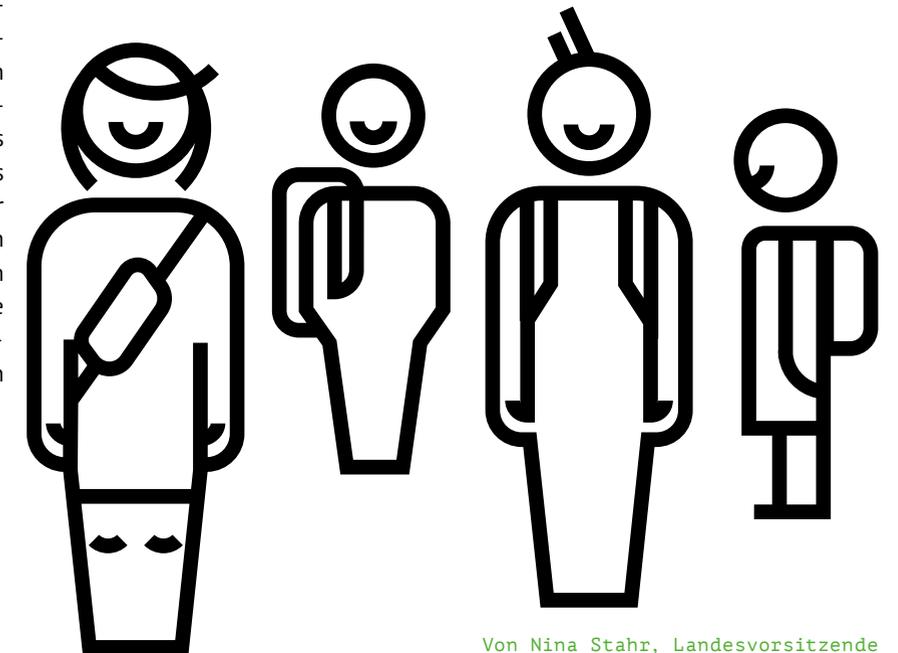
Um wirklich etwas gegen Kinderarmut zu erreichen, müssen wir aber noch viel grundsätzlicher ansetzen: Die Familienförderung in Deutschland ist ein ungerechtes Drei-Klassen-System, das die bevorzugt, die ohnehin finanziell schon besser dastehen. Das wollen wir ändern und mit der Kindergrundsicherung ein System einführen, das alle Familienleistungen bündelt und die tatsächlichen Kosten, die ein Kind hat, auch abdeckt. Damit lösen wir Kinder aus dem Hartz-IV-Bezug und geben ihnen einen eigenständigen Status, damit beispielsweise

Leistungen wie das Kindergeld nicht mehr auf den Hartz-IV-Betrag der Eltern angerechnet werden.

Unsere Bundestagsfraktion hat dazu ein Finanzierungsmodell vorgelegt – doch die Große Koalition auf Bundesebene verweigert sich hier, Verbesserungen für Kinder und Jugendliche durchzusetzen. Wir werden aus Berlin weiterhin dafür kämpfen, mit der Kindergrundsicherung Kindern und Jugendlichen ein Ausbrechen aus dem Armutskreislauf zu ermöglichen.

All unsere Forderungen zur Bekämpfung von Kinderarmut haben wir in unserem Leitantrag auf unserem letzten Parteitag zusammengefasst. Den Beschluss findet Ihr unter:

gruene.berlin/kinderarmut



Von Nina Stahr, Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

MIETEN WAHNSINN STOPPEN

DAMIT BERLIN UNSER
ZUHAUSE BLEIBT

ÜBER DIE HÄLFTE DER BERLINER*INNEN HAT ANGST DAVOR, IHR ZUHAUSE ZU VERLIEREN.

In den letzten 10 Jahren haben sich die Mieten in der Stadt mehr als verdoppelt. Auch die Grundstückspreise gingen mit einem Anstieg von 870 Prozent durch die Decke. In keiner anderen deutschen Stadt sind die Preise so explodiert. Gleichzeitig wuchsen die Einkommen nur um knapp 25 Prozent an.

Die Mietpreise galoppieren der Einkommensentwicklung davon. Jeder vierte Umzug wird durch Verdrängung verursacht. Wir sagen: Damit muss Schluss sein! Wir lassen nicht zu, dass aus unserem Berlin eine sozial gespaltene Stadt wird wie Paris oder London. Wir stehen an der Seite der Mieter*innen und kämpfen mit aller Kraft für unsere Berliner Mischung. Eine Maßnahme allein wird aber nicht reichen, um unsere Stadt zu retten. Wir müssen alle Instrumente ausschöpfen, die uns zur Verfügung stehen. Wir setzen dabei auf den Dreiklang: Bauen, Erwerben, Regulieren. Gefordert sind hier alle – die Bezirke, das Land und der Bund.

Berlin kann in der Mietenpolitik Vorreiterin und Vorbild für ganz Deutschland werden. Wir Grünen gehen mutig voran und wagen politisches Neuland. Den Milieuschutz und das Vorkaufsrecht haben grüne Baustadträt*innen aus den Bezirken heraus etabliert, als diese Instrumente von vielen noch abgelehnt wurden. Über 855.000 Menschen leben heute in Milieuschutzgebieten – wir wollen, dass es noch viel mehr werden. Mit dem Vorkaufsrecht haben wir bereits über 3.800 Haushalte geschützt. Und mit dem Zweckentfremdungsverbot haben wir dafür gesorgt, dass fast 9.000 Wohnungen wieder als Wohnraum vermietet wurden.



NINA STAHR
Landesvorsitzende Bündnis 90/
Die Grünen Berlin



WERNER GRAF
Landesvorsitzender
Bündnis 90/Die
Grünen Berlin

Auch auf Landesebene schreiben wir Geschichte. Mit dem Mietendeckel frieren wir die Mieten in Berlin für fünf Jahre ein und verschaffen so den Mieter*innen eine Atempause. Beim Neubau sorgen wir dafür, dass preiswerter Wohnraum für alle Berliner*innen entsteht und stärken gemeinwohlorientierte Vermieter*innen. Und in der Enteignungsdebatte haben wir klargemacht: Wer unsere Stadt als Beute sieht, dem stellen wir uns mit allen Mitteln entgegen.

Jetzt wird es höchste Zeit, dass auch der Bund das Problem anpackt. Die Berliner Koalition macht im Bundesrat Druck, damit es schneller geht. Wir brauchen endlich eine wirksame Mietpreisbremse ohne Schlupflöcher und ein Gewerbemietrecht, mit dem wir unsere Kieze schützen. Wir müssen Immobilienspekulation den Riegel vorschieben und den sozialen Wohnungsbau deutlich ausbauen.

Den Mietenwahnsinn in Berlin zu stoppen, ist eine der größten und wichtigsten Aufgaben für die Politik in dieser Stadt. Dafür müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen. Wir haben den Mut, Nägel mit Köpfen zu machen und Berlins Mieter*innen wirksam zu schützen. Auf den nächsten Seiten erfahrt ihr, was wir dafür in Bezirk, Land und Bund bereits tun.

Von Nina Stahr und
Werner Graf

AUS DEN BEZIRKEN HERAUS DIE STADT RETTEN

GRÜNE STADTRÄT*INNEN KÄMPFEN
MIT MILIEUSCHUTZ UND VORKAUFSRECHT
GEGEN VERDRÄNGUNG



JOCHEN BIEDERMANN
Stadtrat für Stadtentwicklung in
Neukölln

...kämpfte mit der Neuköllner Grünen-Fraktion jahrelang für Milieuschutz im Bezirk. Seit er Stadtrat ist, geht es endlich voran: Der gesamte Neuköllner Norden ist mittlerweile Milieuschutzgebiet.



VOLLRAD KUHN
Stadtrat für Stadtentwicklung in
Pankow

...übte dieses Jahr erstmals in Berlin das Vorkaufsrecht für zwei noch unbebaute Flächen in Karow aus - zugunsten zweier städtischer Wohnungsbaugesellschaften.



FLORIAN SCHMIDT
Stadtrat für Bauen in
Friedrichshain-Kreuzberg

...wird in Medien auch Mister Vorkaufsrecht genannt. Kein Wunder: Öfter als jeder andere Bezirk hat Friedrichshain-Kreuzberg das Vorkaufsrecht ausgeübt.



JÖRN OLTMANN
Stadtrat für Stadtentwicklung und
Bauen in Tempelhof-Schöneberg

...sorgt mit dem Projekt Fliegendes Klassenzimmer für schnelle, günstige und wiederverwendbare Schulräume und bringt damit die Berliner Schulbauoffensive voran.



OLIVER SCHRUFFENEGER
Stadtrat für Stadtentwicklung
und Bauen in Charlottenburg-
Wilmerdorf

...hat die ersten Milieuschutzgebiete im Bezirk Charlottenburg-Wilmerdorf ausgerufen, um gegen die auch dort zunehmende Verdrängung vorzugehen.



CHRISTIANE HEISS
Stadträtin für Bürgerdienste in
Tempelhof-Schöneberg

...zieht Hauseigentümer*innen zur Verantwortung und kämpft in ihrem Bezirk gegen spekulativen Leerstand und illegale Ferienwohnungen.

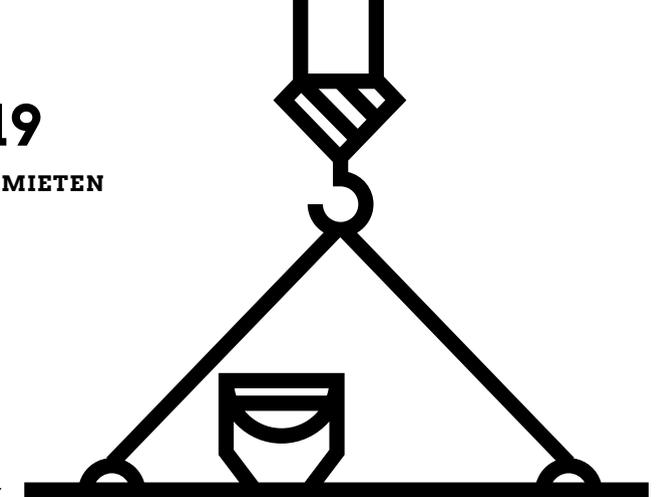
WERDE ICH MEIN ZUHAUSE VERLIEREN?

Diese Frage mussten sich 300 Mieter*innen in Neukölln über Monate stellen. Ihnen erging es wie vielen Berliner*innen: Ihre Wohnungen in der Thiemannstraße und in der Böhmisches Straße wurden an einen Investor verkauft. Viele der Mieter*innen lebten seit Jahrzehnten in den denkmalgeschützten Häusern, kannten jede knarrende Diele und jede quietschende Tür. Dann kaufte ein dänischer Pensionsfonds den Gebäudekomplex auf. Und das Zittern begann.

Aber die Bewohner*innen wehrten sich – und bekamen Unterstützung vom Bezirk. Der grüne Stadtrat Jochen Biedermann nahm Verhandlungen mit der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land auf. Diese erklärte sich schließlich bereit, die Anlage zu übernehmen. Am 15. Januar kam die endgültige Entwarnung: Die Häuser waren gerettet.

Möglich wurde die Rettung durch das sogenannte Vorkaufsrecht. Das Instrument ist im Baugesetzbuch verankert und gibt Bezirken das Recht, einen Kaufvertrag zu übernehmen und das Haus selbst zu erwerben. Das geht ausdrücklich auch zu Gunsten Dritter – etwa städtischer Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften. Genutzt werden kann das Vorkaufsrecht aber nur in sogenannten Milieuschutzgebieten. Während die meisten Regelungen im Mietrecht in der Hand von Bund und Ländern liegen, ist der Milieuschutz eine der wichtigsten Einflussmöglichkeiten der Bezirke. Mit diesem Instrument können insbesondere aufwändige Modernisierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Ziel ist es, einer sozialen Verdrängung entgegenzuwirken bzw. vorzubeugen.

Mittlerweile leben rund 855.000 Berliner*innen in solchen Gebieten. Vor allem grüne Baustadträt*innen kämpfen in den Bezirken seit langem dafür, dass noch mehr Menschen durch Milieuschutz vor Verdrängung und Mieterhöhung geschützt werden. Auch beim Vorkaufsrecht sind die grünen Stadträt*innen Spitzenreiter: Allein im Jahr 2018 hat der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg 242 Wohnungen gekauft, gefolgt von Neukölln mit 239. Seit 2015 wurden insgesamt 1.780 Wohnungen von den Bezirken durch die Ausübung des Vorkaufsrechts geschützt.



Aber es muss nicht immer zum Kauf kommen, um Wohnungen zu retten. Das Vorkaufsrecht entfaltet vor allem als Drohung seine Wirkung. Denn der Vorkauf kann verhindert werden, wenn die ursprünglichen Käufer*innen eine sogenannte Abwendungsvereinbarung unterschreiben. Darin verpflichten sie sich zum Beispiel, auf kostentreibende Modernisierungen und die Umwandlung in Eigentumswohnungen zu verzichten und den Mietspiegel einzuhalten. Im besten Fall muss das Vorkaufsrecht also gar nicht zum Einsatz kommen. Und die Drohung wirkt: Die Zahl der Wohnungen, für die Abwendungsvereinbarungen geschlossen wurden, liegt deutlich höher als die der angekauften Wohnungen. Zwischen 2015 und Oktober 2019 wurden insgesamt 132 solcher Vereinbarungen unterzeichnet. 3.456 Wohnungen konnten die Bezirke auf diesem Weg retten.

5.238

Wohnungen gerettet
seit 2015

Der dänische Pensionsfonds, vor dem die Mieter*innen in Neukölln zittern mussten, war nicht bereit, eine Abwendungsvereinbarung zu unterschreiben. So kam es zum bisher größten Anwendungsfall des Vorkaufsrechts in Berlin. Denn auch in Mitte hatte der Pensionsfonds Häuser gekauft. Beide Bezirke wehrten sich und setzten damit ein starkes Zeichen für die Berliner Mieter*innen. Wer im Milieuschutz Häuser kaufen oder verkaufen möchte, kann das nur nach den Regeln der Bezirke tun. Für die Mieter*innen in der Thiemannstraße und in der Böhmisches Straße hat das Zittern damit ein Ende. Sie können aufatmen. Und ihr Zuhause behalten.

WOHNUNGEN SIND ZUM WOHNEN DA!

VOM KAMPF
GEGEN SPEKULATIVEN LEERSTAND UND
ILLEGALE FERIENWOHNUNGEN

Wenn man durch Berlins Straßen spaziert und den Blick über die Häuserfronten schweifen lässt, bleibt das Auge manchmal an diesem einen Fenster hängen. Kein Vorhang, kein Licht, keine Möbel. Der Blick wandert weiter, von Fenster zu Fenster und man fragt sich: Wohnt hier überhaupt jemand?

Während der Wohnungsmarkt in Berlin immer angespannter wird, stehen immer noch viele Wohnungen in der Stadt leer. Der Grund: spekulativer Leerstand. Die Wohnungen werden zuerst preiswert angekauft, bleiben einige Jahre leer und werden dann zu einem wesentlich höheren Preis wiederverkauft. Denn mit leerstehenden Objekten lässt sich beim Verkauf mehr Gewinn machen.

ROT-ROT-GRÜN VERSCHÄRFT GESETZ

Um gegen solche Praktiken vorzugehen, wurde das Gesetz zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum geschaffen. Seit 2014 konnten damit fast 9.000 Wohnungen wieder dem Mietmarkt zugeführt werden. Aber es gab noch zu viele Schlupflöcher, die Zweckentfremdung weiterhin möglich und attraktiv machten. Deshalb hat die rot-rot-grüne Koalition das Gesetz 2018 verschärft.

Damit die Bezirke früher einschreiten können, wurden die genehmigungsfreien Leerstands-Fristen von sechs auf drei Monate verkürzt. Außerdem werden Verstöße gegen das Gesetz in Zukunft teurer. Denn spekulativer Leerstand und illegale Ferienwohnungen sind oft so profitabel, dass Geldstrafen einfach hingenommen werden. Nach Münchner Vorbild können Verstöße jetzt mit bis zu 500.000 Euro bestraft werden. Wer wiederholt gegen das Gesetz verstößt und sich auch von Sanktionen nicht abschrecken lässt, muss in Zukunft damit rechnen, dass ein*e Treuhänder*in für die Gebäude eingesetzt und der Wohnraum durch diese Person wieder vermietet wird.

Rot-Rot-Grün möchte Wohnraum erhalten. Für Investor*innen kann es aber profitabler sein, Gebäude einfach abzureißen. Bisher wurde bei einem Abriss jeder beliebige Neubau als Ersatzwohnraum anerkannt. Seit der Verschärfung steht im Gesetz, dass neuer Wohnraum nur anerkannt wird, wenn er im gleichen Bezirk und mit vergleichbaren Mietpreisen geschaffen wird.

RECHT AUF WOHNEN STATT RECHT AUF FERIENWOHNUNG

Immer mehr Wohnraum geht in Berlin außerdem verloren, weil Wohnungen an Tourist*innen vermietet werden. Auch hier hat Rot-Rot-Grün nachgebessert und entschieden, die Genehmigungspflicht beizubehalten und zusätzlich Registriernummern einzuführen. Damit wird einerseits nicht-gewerbliches »Homesharing« zugelassen, andererseits das Geschäftsmodell »Ferienwohnungen« so weit wie möglich unterbunden.

Berliner*innen, die ihre Hauptwohnung Dritten überlassen wollen, können das zeitweise tun, jedoch müssen sie wie bisher eine Genehmigung dafür beantragen und die Gründe dafür darlegen. Bei Zweit- und Nebenwohnungen wird die Möglichkeit, diese als Ferienwohnungen zu vermieten, auf 90 Tage pro Jahr eingeschränkt. Bisher waren bis zu 182 Tage erlaubt. Wer seine Wohnung auf Internet-Portalen anbieten will, benötigt eine Registriernummer. Damit wird die Kontrollierbarkeit für die Bezirke verbessert. Denn für die Berliner Grünen steht fest: Es gibt in Berlin kein Recht auf Ferienwohnungen, sondern ein Recht auf Wohnen. Berlins Wohnungen sind zum Wohnen da!

DER ROT-ROT-GRÜNE MIETENDECKEL KOMMT!



KATRIN SCHMIDBERGER
mietenpolitische Sprecherin
der grünen Fraktion im
Abgeordnetenhaus

Katrin, am 22. Oktober 2019 hat der Senat nach langen Verhandlungen den Mietendeckel beschlossen. Was bedeutet das für die Berliner*innen?

Wir frieren die Mieten in Berlin für die nächsten fünf Jahre ein und verschaffen so 1,5 Millionen Haushalten eine Atempause. Schon lange galoppieren die Mieten den Einkommen davon und verschärfen die soziale Spaltung unserer Stadt. Dagegen ziehen wir jetzt die Notbremse.

Wird es auch möglich sein, Mieten abzusenken?

Ja, überhöhte Mieten, die mehr als 20 Prozent über der Mietobergrenze liegen, können neun Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes auf Antrag abgesenkt werden. Grundlage ist eine Mieltabelle, die auf Basis des Mietspiegels von 2013 sowie der Einkommensentwicklung berechnet wurde. Bei Neuvermietungen darf nur die Vormiete oder – falls diese zu hoch angesetzt war – die Mietobergrenze verlangt werden. So dämmen wir überhöhte Mieten ein und schließen die Lücken der Mietpreislücke.

Was ist mit Vermieter*innen, die sich immer fair verhalten haben, zum Beispiel Genossenschaften?

Es wird ab 2022 die Möglichkeit geben, die Mieten moderat anzupassen. Hierbei darf die Miete aber um nicht mehr als 1,3 Prozent jährlich steigen – bis zur jeweiligen Mietobergrenze. Außerdem wird es eine Härtefallregelung für Vermieter*innen geben, die sonst dauerhaft in eine wirtschaftliche Schieflage geraten würden. Rechtliche Wege, um Genossenschaften aus dem Deckel herauszunehmen, werden geprüft.

In Berlin könnte viel CO2 durch energetische Sanierungen eingespart werden. Aber können sich Vermieter*innen solche Sanierungen jetzt noch leisten?

Wir wollen mit dem Mietendeckel den Klima- und Mieterschutz in Einklang bringen. Deshalb haben wir erreicht, dass nur Maßnahmen umgelegt werden, die auch wirklich das Klima schützen, und die Mietbelastung auf maximal 1 Euro/qm gekappt wird. Zusätzlich wird es ein Förderprogramm geben, um Mieter*innen und Vermieter*innen zu entlasten.

Verhindert das Gesetz Neubau?

Nein, Neubauten ab 2014 sind vom Mietendeckel ausgeschlossen. Gleichzeitig müssen wir aber sicherstellen, dass nicht am Bedarf vorbei gebaut wird. Unsere Stadt braucht preiswerte Wohnungen für breite Schichten. Wenn neues Baurecht vergeben wird, sichern wir mit dem Berliner Modell mindestens 30 Prozent Sozialwohnraum. Zentral ist aber auch, den Genossenschaften endlich Grundstücke zu geben, die Neubauförderung zu erhöhen und Investor*innen mit Baurecht zu verpflichten, auch wirklich zu bauen.

Ist der Mietendeckel rechtssicher?

Weil wir juristisches Neuland betreten, mussten wir gut abwägen, welches Modell gleichzeitig sozial und fair, aber auch umsetzbar und rechtssicher ist. Auch wenn wir es nicht garantieren können, sind wir zuversichtlich, dass das Gesetz vor Gericht besteht. Die Lage vieler Mieter*innen und der Bundesgesetzgeber machen es nötig, mutig zu sein und diesen Weg zu versuchen.

Müssen die Berliner*innen Angst haben, dass es nach Ablauf der fünf Jahre zu einem sprunghaften Anstieg der Mieten kommt?

Nein, dann wird wieder das Bundesrecht gelten. Mit Übergangsregelungen oder einem Mietkataster wollen wir einen zusätzlichen Schutz bieten.

NEUE WOHNUNGEN BRAUCHT DAS LAND

UM MIT SEINEM WACHSTUM SCHRITT ZU HALTEN,
MUSS BERLIN DRINGEND BAUEN

FÜR DIE GRÜNE FRAKTION IM ABGEORDNETENHAUS



ANDREAS OTTO
baupolitischer Sprecher

...kämpft für mehr
Umweltschutz am Bau
und träumt von einem
Hochhaus aus Holz am
Alexanderplatz.



DANIELA BILLIG
Sprecherin für
Stadtentwicklung

...setzt sich für eine
soziale Stadt ein, die
allen Bewohner*innen ein
sicheres und lebenswertes
Umfeld bietet.

Ein Grund für die Misere auf dem Berliner Mietmarkt liegt auf der Hand: Es fehlen Wohnungen. Die Stadt ist in den letzten Jahren rasant gewachsen – das Wohnungsangebot ist es nicht. Seit 2008 stieg die Zahl der Einwohner*innen um mehr als 10 Prozent, die Zahl der Wohnungen nur um 2 Prozent.

Rot-Rot-Grün packt das Problem an und hat 14 neue Stadtquartiere festgelegt. Dort sollen rund 40.000 Wohnungen in lebendigen, gemischten Quartiere entstehen. Diese brauchen nicht nur eine gute Anbindung an Verkehr, Infrastruktur und Einzelhandel. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich auch dafür ein, dass es in allen Quartieren genügend Grünflächen für Erholung, Bewegung und Begegnung gibt. Wenn durch Neubauten Grün verdrängt wird, muss es an anderer Stelle im Kiez wieder entstehen. Darüber hinaus werden die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bis 2021 rund 25.000 Wohnungen bauen. Um sie dabei zu unterstützen, erhalten sie landeseigene Grundstücke von der Stadt.

GENOSSENSCHAFTEN FÖRDERN

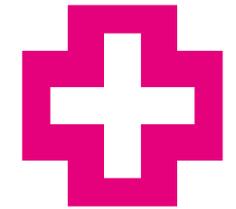
Wichtige Partnerinnen für die Schaffung von preiswertem Wohnraum sind die Genossenschaften. Deshalb haben die Berliner Grünen bereits im Haushalt 2017/18 ein Förderprogramm über 20 Millionen Euro für sie erkämpft. Grünes Ziel ist es, den gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt in Berlin deutlich auszubauen. Genossenschaften sind ein Garant für einen sozialen Wohnungsmarkt und könnten schnell und umgehend bauen, was das Land Berlin derzeit nicht allein stemmen kann. Deshalb fordern die Berliner Grünen von Bausenatorin Katrin Lompscher, endlich mehr Bauflächen an Genossenschaften zu vergeben und mit ihnen ein Bündnis zu schmieden.

GRÜN STATT GRAU: BERLIN BAUT NACHHALTIG

Die Häuser und Quartiere, die wir heute bauen, prägen das Stadtbild und die Lebensqualität in Berlin für die nächsten Jahrzehnte. Deshalb müssen sie ökologisch, klimaneutral und nachhaltig angelegt werden. Die Berliner Grünen setzen beim Neubau auf ökologische und energieeffiziente Baustoffe wie Holz, Lehm, Naturstein oder Recyclingbeton. Insbesondere öffentliche Gebäude wie Schulen und Kindergärten sollen künftig häufiger in Holzbauweise errichtet werden. Diese ist nicht nur nachhaltig, sondern auch besonders schnell zu realisieren. Zur Förderung hat Berlin erstmals Gelder in einen Haushalt eingestellt und durch eine Novelle der Landesbauordnung den Holzbau erleichtert. Ohne aufwändige Einzelfallprüfung können nun auch tragende Bauteile mehrgeschossiger Gebäude aus dem Naturmaterial realisiert werden. Zurzeit entstehen bereits drei Schulen und ca. 30 Kitas in Holz-Modul-Bauweise. In Zukunft sollen es noch mehr werden.

WECKRUF AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT

WIE ENTEIGNUNGEN
DEN MIETMARKT RETTEN SOLLEN



»Acht Monate keine Dusche, drei Monate keine Heizung, zwei Wochen keinen Aufzug – und das war nur das letzte dreiviertel Jahr.« So beschreibt Matthias seinen Alltag als Mieter der Deutsche Wohnen. Das Zitat ist Teil einer Kampagne der Initiative »Deutsche Wohnen und Co. enteignen«. Das Ziel: Die Überführung von Wohnungen aus privaten in öffentlichen Besitz. Tausende Menschen gingen dafür 2019 auf die Straße, 58.000 unterzeichneten für ein Volksbegehren.

»Der Volksentscheid ist ein Weckruf an die Politik«, sagt Werner Graf, Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Berlin. »In unserem Grundgesetz ist festgeschrieben, dass ‚Eigentum verpflichtet‘. Diesem Leitsatz müssen wir auch im Bereich Wohnen und Boden wieder Geltung verschaffen.« Die Berliner Grünen unterstützen die Ziele des Volksbegehrens. »Zentral ist dabei, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen«, so Werner Graf.

EIGENTUM VERPFLICHTET!

Die Initiative möchte alle Wohnungsunternehmen enteignen, die über 3.000 Wohnungen besitzen. »Das sehen wir kritisch«, sagt Werner Graf. Die Grünen halten qualitative Kriterien für sinnvoller: Halten die Vermieter*innen den Berliner Mietspiegel ein? Erfüllen sie ihre Instandhaltungspflichten oder nutzen sie Modernisierungen, um Mieter*innen zum Auszug zu zwingen? Beteiligen sie sich an Share-Deals und betreiben spekulativen Leerstand? Oder räumen sie ihren Mieter*innen Mitbestimmungsrechte ein und garantieren ihnen regelgerechte und transparente Betriebskostenabrechnungen? Diese und andere Kriterien könnten ausschlaggebend sein.

»Wichtig ist für uns die Einbettung in ein Gesamtkonzept, das tatsächlich schnell möglichst vielen Mieter*innen hilft«, sagt Werner Graf. »Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und agieren kann.« Die Enteignung dürfe dabei nur das allerletzte Mittel sein. »Aber wenn Wohnungsunternehmen sich weigern, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, diesen Schritt gehen.«

ERSTE HILFE

KOSTENLOSE MIETERBERATUNG IN ALLEN BEZIRKEN

Besonders Menschen mit geringem Einkommen sind bei Mieterhöhungen oft in ihrer Existenz bedroht. Eine professionelle rechtliche Beratung können sie sich jedoch nicht leisten. Um diese Lücke zu schließen, hat Rot-Rot-Grün im Abgeordnetenhaus beschlossen, dass in allen Bezirken offene und kostenlose Mieterberatungen eingerichtet werden. Jedem Bezirk werden dafür jährlich 100.000 Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt.

Das Beratungsangebot umfasst alle Bereiche rund um zivilrechtliche Fragestellungen zum Wohnungs- und Mietrecht. So sollen Mieter*innen darin unterstützt werden, ihre Rechte gegenüber den Vermieter*innen durchzusetzen und sich gegen unberechtigte Mieterhöhungen, Modernisierungsankündigungen oder Kündigungen zu wehren. Für Menschen, die Transferleistungen beziehen, sollen in Zukunft Jobcenter und Sozialämter die Mitgliedsbeiträge in einer Mieterorganisation übernehmen.

DER FISCH STINKT VOM KOPF

WARUM DER BUND ENDLICH LIEFERN MUSS

MIETEN BREMSEN, VERDRÄNGUNG STOPPEN

Wohnungsnot und steigende Mietpreise sind nicht nur ein Berliner Phänomen. In allen wachsenden Regionen und Städten sind ähnliche Probleme zu beobachten. Um diese Probleme anzupacken, ist vor allem der Bund gefragt. Rot-Rot-Grün versucht in Berlin bereits alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Land und Bezirken zur Verfügung stehen. Aber viele mietenpolitische Instrumente fallen in die Verantwortung des Bundes. Deshalb machen die Berliner Grünen im Bundestag und im Bundesrat Druck und nehmen die Bundesregierung in die Pflicht.

Berlin muss ausbaden, dass die Große Koalition die Mieter*innen seit Jahren im Stich lässt. Ihr einzig nennenswerter Vorstoß – die Mietpreisbremse – ist ein kompletter Reinfall. Daran ändern auch die neuesten Nachbesserungen in Sachen Auskunftspflichten nichts. Denn die vielen Einschränkungen und Ausnahmen verhindern nach wie vor, dass Mieter*innen wirkungsvoll vor explodierenden Mieten und Verdrängung geschützt werden. In Berlin werden die Schlupflöcher systematisch ausgenutzt, um die Mieten weiter in die Höhe zu treiben. Wir stehen für eine wirklich wirksame Mietpreisbremse – ohne

Schlupflöcher. Wir fordern, dass bei Wiedervermietung die ortsübliche Vergleichsmiete nicht um mehr als 5 Prozent überschritten werden darf (derzeit 10 Prozent). Unnötige Ausnahmen müssen endlich gestrichen werden – zum Beispiel für umfassende Modernisierungen oder möblierte Wohnungen. Ein Verstoß gegen die Mietpreisbremse sollte als Ordnungswidrigkeit geahndet und den Mieter*innen alle überbezahlten Beträge zurückerstattet werden. Und die aktuelle Rügepflicht der Mieter*innen muss durch eine Auskunftspflicht der Vermieter*innen ersetzt werden. Außerdem darf niemand wegen Luxusmodernisierung verdrängt werden. Die Modernisierungumlage in ihrer jetzigen Form schadet den Mieter*innen. Wir wollen sie noch einmal deutlich absenken und auf wirklich notwendige Modernisierungen beschränken.



LISA PAUS, MDB

...kämpft im Bundestag für stärkere Regeln gegen Miethaie, Spekulation und Geldwäsche.



CANAN BAYRAM, MDB

...kämpft auf Berlins Straßen gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung von Kiezleben.

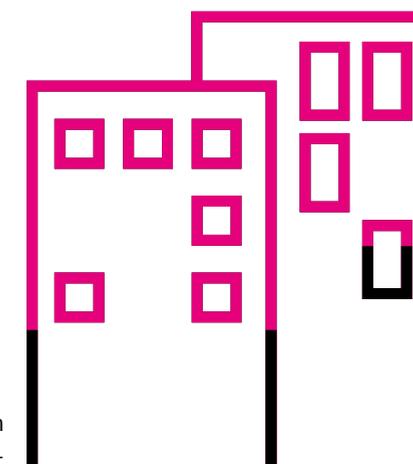


DIRK BEHRENDT

...kämpft als Berliner Justizsenator im Bundesrat für die Rechte von Mieter*innen.

SOZIALEN WOHNUNGSBAU FÖRDERN

Der Mangel an günstigem Wohnraum kam weder über Nacht noch überraschend. Ende der 1980er-Jahre machten Sozialwohnungen noch 30 Prozent der Mietwohnungen in Deutschland aus. Dann schaffte der Bund die Wohnungsgemeinnützigkeit ab. Seitdem sind über eine Million Sozialwohnungen verloren gegangen. In Berlin ist der Bestand in den letzten 30 Jahren um mehr als zwei Drittel gefallen. Und die Zahl sinkt immer weiter, denn die Mietpreisbindung der meisten sozial geförderten Wohnungen läuft nach 15 bis 30 Jahren aus. Dieser Schwund steht im krassen Gegensatz zum steigenden Bedarf an bezahlbaren Mietwohnungen vor allem in den Großstädten. Wir fordern, dass die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich aufgestockt werden. Mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit wollen wir nach Wiener Vorbild Bauherr*innen oder Vermieter*innen unterstützen, die bereit sind, Wohnungen dauerhaft preisgünstig zu vermieten. Statt jährlich Sozialwohnungen zu verlieren, schaffen und sichern wir damit eine Million Wohnungen zu bezahlbaren Mieten – und zwar dauerhaft.



In Berlin ist die Zahl der Sozialwohnungen in den letzten 30 Jahren um mehr als zwei Drittel gefallen.

SPEKULATION BEKÄMPFEN

Der Berliner Immobilienmarkt boomt. Miet-, Boden- und Immobilienpreise explodieren. Immer mehr Wohnungsunternehmen und Fonds zielen nur auf schnelle Renditen – auf Kosten der Berliner*innen. Verarmung und Verdrängung aus den Innenstädten sind die Kehrseite des globalen Bieterwettkampfs um knappen Wohnraum und Boden. Wir wollen Steuervorteile für große Immobiliendeals abschaffen und durch ein verpflichtendes Immobilienregister, das wirklich Transparenz schafft, beim Immobilienkauf gegen Geldwäsche vorgehen. Auch der Bund darf nicht länger spekulieren, sondern soll seine Wohnungen fair vermieten und durch ein verpflichtendes Immobilienregister, das wirklich Transparenz schafft, beim Immobilienkauf gegen Geldwäsche vorgehen. Auch der Bund darf nicht länger spekulieren, sondern soll seine Wohnungen fair vermieten und durch ein verpflichtendes Immobilienregister, das wirklich Transparenz schafft, beim Immobilienkauf gegen Geldwäsche vorgehen.

KITAS UND KIEZLÄDEN VOR VERDRÄNGUNG SCHÜTZEN

Seit Jahren setzen wir uns für einen besseren Schutz von Gewerbetrieter*innen ein und fordern von der Bundesebene ein neues, soziales Gewerbemietrecht. Denn auch für Gewerbeflächen steigen die Mieten seit Jahren immer weiter an. Das stellt kleine Gewerbetreibende, Handwerksbetriebe oder den lokalen Einzelhandel vor große Probleme. Auch immer mehr soziale Träger, Vereine, Kitas oder Kinderläden haben Schwierigkeiten, noch bezahlbare Flächen zu finden oder ihre bestehenden Räume weiter zu finanzieren. Doch zu einer wachsenden Stadt gehört nicht nur neuer Wohnraum, sondern auch eine entsprechende Infrastruktur. Eine Berliner Bundesratsinitiative zur Änderung des Gewerbemietrechts durch unseren Justizsenator Dirk Behrendt wurde dieses Jahr im Bundesrat mehrheitlich angenommen. Jetzt sind Bundesregierung und Bundestag am Zug, um Kitas, Kiezläden und Co. endlich besser vor Verdrängung zu schützen.

Schwerpunkt –
Texte und Redaktion:
Hannah König

KLIMAHAUPTSTADT BERLIN: AUS VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT



Der 20. September 2019, der Tag, an dem Millionen von Menschen weltweit zum Klimastreik auf die Straße gingen, zeigt: Die Sorge um die Zukunft unserer Erde ist global. Wir stehen vor der historischen Aufgabe, unserer Verantwortung als letzte Generation, die noch wirkungsvolle Maßnahmen umsetzen kann, gerecht zu werden.

Und der Klimanotstand macht sich schon heute bemerkbar: Die Parks, die Stadtbäume, der Berliner Wald ächzen aus dem letzten Halm, weil das extreme Wetter – von der Dürre bis zum Orkan – an die Substanz geht. Wir Grünen versuchen gegenzusteuern, wo wir können. Denn wir wissen: Wir brauchen das Berliner Stadtgrün – als CO₂-Senke und für das Stadtklima. Deshalb haben wir seit Beginn dieser Legislatur mehr Mittel für den Erhalt bereitgestellt als jede Vorgängerregierung. Und wir haben uns auf die Fahnen geschrieben, die Strukturen für intaktes Stadtgrün zu stärken – vom Baum-Budget in den Bezirken bis hin zu mehr (Wo)menpower bei den Forsten und Grünflächenämtern.

So wichtig es ist, die Stadt klimafest zu machen – um die Klimakrise zu meistern, müssen wir klimaneutral werden. Unser grüner Anspruch ist, dass Berlin Klimahauptstadt wird. Wir haben als erstes Bundesland ein Klimaschutzgesetz verabschiedet und das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz genommen. Wir steigen bis spätestens 2030 aus der Steinkohle aus. Wir haben ein Mobilitätsgesetz verabschiedet, das dem klimaschonenden ÖPNV immer Vorrang vor dem Autoverkehr einräumt. Wir haben die Solaroffensive gestartet. Wir haben schon ein Austauschprogramm für Ölheizungen gehabt, als die Bundesregierung noch dachte, die Klimakrise geht schon irgendwie vorbei. Und selbst bei diesem ambitionierten Programm müssen wir uns immer fragen:

MACHEN WIR GENUG? KLAPPT DIE UMSETZUNG SCHNELL GENUG?

Aus diesem Grund wird die Koalition eine Studie in Auftrag geben, um Wege mit konkreten Maßnahmen aufzuzeigen, wie wir schon 2035 klimaneutral werden. Denn eine große Baustelle ist neben dem Verkehrssektor der Wärmebereich. 40 Prozent der CO₂-Emissionen kommen aus dem Gebäudesektor. Hier passiert leider zu wenig. Wirklich helfen würde uns ein ambitionierter klimapolitischer Rahmen von der Bundesebene, der CO₂ mit mindestens 50 Euro/Tonne den Preis gibt, den es verdient. Da der erhoffte Rückenwind von der Großen Koalition im Bund ausgeblieben ist, werden wir mit unseren bescheidenen Mitteln auf Landesebene nach Lösungen suchen müssen – mit Ordnungsrecht und Anreizen. So machen wir Berlin zur Klimahauptstadt.

Von Silke Gebel, MdB, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus

LAG-KONFERENZ: DENKEN OHNE GELÄNDER

DIE GRÜNEN LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN SIND DIE THINK TANKS DER PARTEI.

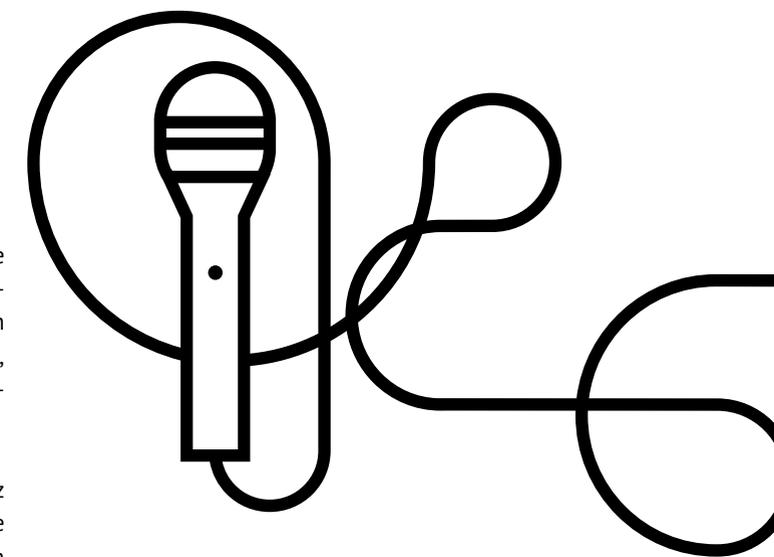
Zum zweiten Mal veranstalteten die LAGen in diesem Jahr eine gemeinsame Konferenz, um die Mitglieder zum Dialog zusammenzubringen. Zur Halbzeit der Regierungsbeteiligung hatten die Teilnehmer*innen die Möglichkeit, sich über Hoffnungen, Wünsche, Befürchtungen und Pläne für die zweite Hälfte Rot-Rot-Grün in Berlin auszutauschen.

Trotz großer Hitze war die fachübergreifende Konferenz wieder gut besucht. Verschiedene Arbeitsgruppen boten die Plattform für einen Blick nach vorn. Die Themen reichten vom nachhaltigen Wirtschaften über Stadtentwicklung, Ernährung und Wohnungslosigkeit bis hin zur künstlichen Intelligenz.

Ina Rosenthal, frauen- und geschlechterpolitische Sprecherin im Landesverband, freute sich über den Erfolg der Veranstaltung: »Die LAG-Konferenz schafft Transparenz, ist ein Reflexionsraum und hält den Kontakt zur Basis. Ich erlebe die LAGen gerade in der Regierungsbeteiligung besonders tatkräftig.« Senator Dirk Behrend fügte hinzu: »Die LAGen sind der Maschinenraum der Pragmatik.«

Adrienne Goehler, ehemalige Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, forderte die Berliner Bündnisgrünen in ihrer Gastrede zum »Denken ohne Geländer« auf. Sie sieht die Hauptstadt als Laboratorium: »Berlin steht ganz vorne in dem Nicht-mehr und dem Noch-nicht«, so Goehler. »Berlin ist ein Ort der Inszenierung und der Vielfalt – und damit des steten Wandels.«

Viele Teilnehmer*innen fanden mehr Diskursthemen interessant, als sie wahrnehmen konnten. Heike ist seit 2018 Mitglied und kommt aus dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie erhoffte sich auf der Konferenz einen Austausch. »Im Bereich Stadtentwicklung braucht es eine bessere Verwaltung, mehr und kompetentes Personal.« Teilnehmer Konrad ging es



ähnlich: »Ich wünsche mir Inputs für den Bezirk Spandau: Stadtentwicklung, neue Stadtviertel mit anderen Straßenbildern und keine Gettos.« Julia interessierte sich besonders für den Workshop zu Künstlicher Intelligenz: »Die neuen Technologien mit ihren konkreten Auswirkungen müssen auf die politische Tagesordnung. Das scheint noch zu wenig ein grünes Kernthema zu sein.«

Teilnehmer Friedman wünschte sich in der Partei und im Abgeordnetenhaus Motivation und Fachkenntnis. »Es gibt viele Erwartungen an uns, die Bürger*innen sind mega ungeduldig.« Referentin Elke Ihrlich vom Sozialdienst katholischer Frauen sieht bereits große Fortschritte: »Viele Dinge, die im Koalitionsvertrag stehen, wurden erfüllt. Die Themen, für die wir Jahre gekämpft haben, werden aufgegriffen«, so Ihrlich. »Dazu gehört, dass Kinder auf keinen Fall auf der Straße leben dürfen. Das Projekt Housing First muss für Frauen mit Kindern ausgeweitet werden.«

Teilnehmerin Julia schloss sich der Einschätzung von Gastrednerin Adrienne Goehler an: »Gerade die Regierungsbeteiligung bietet die Möglichkeit zum Denken ohne Geländer. Die Chancen zu gestalten sind jetzt viel größer.«

Von Wolfgang Schmidt, Redakteur

NEUER SCHWUNG FÜR DIE LICHTENBERGER FAHRRADPOLITIK

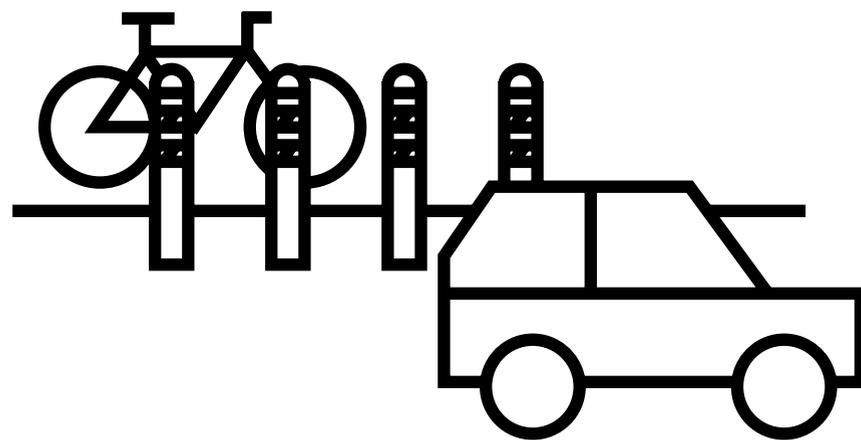
Fehlende Radwege, Schlaglöcher, Unsicherheit und Lebensgefahr – die Herausforderungen für Berliner Radfahrer*innen sind auch in Lichtenberg zu spüren.

Das Thema Fahrrad stößt deshalb auch in Lichtenberg auf großes Interesse. Bisher wurde Fahrradpolitik in unserer AG Mobilität und Stadtentwicklung bearbeitet. Eine Mitgliederversammlung zum Thema hat gezeigt, dass das Interesse speziell an Fahrradpolitik groß ist. Als Kreisverband sind wir bemüht, unsere Strukturen an den Bedürfnissen unserer Mitglieder auszurichten. Auch deswegen haben wir den Versuch gestartet, diesem Interesse mit einer AG Fahrrad zu entsprechen.

In der AG möchten wir konkrete Gefahrenstellen im Bezirk identifizieren, zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen Lösungsideen entwickeln und über unsere Bezirksverordneten Anträge in die BVV einbringen. Durch gelegentliche Besuche des Verkehrsausschusses möchten wir verstehen, wie dort gearbeitet wird und natürlich auch verfolgen, was mit unseren Anträgen passiert. So können in der AG Engagierte erste Erfahrungen in BVV-Arbeit sammeln und sich mit Blick auf die BVV-Wahl 2021 qualifizieren.

Eines unserer ersten Projekte ist der geschützte Radweg in der Siegfriedstraße. Seit Jahren wird darüber diskutiert und gestritten. Jetzt hat die BVV überraschend mit Mehrheit von Rot-Rot-Grün entschieden, dass der geschützte Radweg gebaut werden soll. Bisher hat sich das Bezirksamt dagegen ausgesprochen und damit auch das Berliner Mobilitätsgesetz ignoriert. Unsere Aufgabe ist es nun, die Umsetzung zu begleiten und gemeinsam mit unseren zivilgesellschaftlichen Partner*innen den Druck aufrecht zu erhalten. Dass sich das Bezirksamt nun aktiv um die Umsetzung der Planung bemüht und konstruktiv mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz zusammenarbeitet, ist nämlich keinesfalls sicher.

Uns treibt die Vision an, sicher und bequem mit dem Rad in ganz Lichtenberg unterwegs sein zu können. Dazu gehören vernünftige Radwege, um auf der Landsberger Allee in die Innenstadt zu pendeln, aber auch Lösungen im Kiez, für die vielen Straßen, auf denen Radler*innen eingeklemmt zwischen parkenden Autos und der Fahrspur nur mit großem Risiko vorankommen. Und wenn sie in Nebenstraßen ausweichen, müssen sie über holpriges Kopfsteinpflaster rattern. Oder sie finden am Bahnhof keinen Fahrradbügel mehr und müssen ihr Rad wieder an der nächsten Laterne festmachen, was ein Problem für Fußgänger*innen sein kann. Es bleibt viel zu tun, auch in Lichtenberg.



Von Philipp Ahrens & Jakob Wilke

BUNT-GRÜN

VON EINER IDEE ZU EINER BEWEGUNG

Bunt-Grün ist das bundes- und parteiweite erste Empowerment Netzwerk für People of Colour* und Schwarze Menschen* (B/PoC*) innerhalb der Grünen Partei.

Beide Begriffe (Schwarz/Black & People of Colour) sind politische Selbstbezeichnungen von und für Menschen, die über einen geteilten Erfahrungshorizont in einer mehrheitlich weißen Gesellschaft verfügen und ähnliche Rassismus- und Ausgrenzungserfahrungen machen. So unterschiedlich auch ihre Lebensrealitäten sein mögen, so verbindet diese Gruppe kollektive Zuschreibungen des ›Anderseins‹. Schwarz wird in diesem Zusammenhang immer mit großem S geschrieben, um die sozial konstruierte Zuschreibung und gesellschaftliche Position von Menschen, die von Rassismus betroffen sind, hervorzuheben und beschreibt damit keine ›biologische‹ Eigenschaft.

Wir haben uns 2013 innerhalb der Grünen Partei als Graswurzel-Netzwerk gegründet. Was uns von Anfang an geeint hat, war die Überzeugung, bei den Bündnis 90/Die Grünen unsere politische Heimat gefunden zu haben. Jedoch erlebten wir in vielen politischen Räumen, dass die rassismuskritische Perspektive als Querschnittsthema in Diskussionen und Vorträgen zu Politikfeldern wie Wohnungs-, Sozial- und Bildungspolitik, aber auch Umwelt- und Klimapolitik fehlte.

Deswegen richten wir seit Beginn unseres grünen Engagements den kritischen Blick nicht nur auf gesellschaftliche Ungleichverhältnisse, sondern auch auf innerparteiliche Strukturen: Wir engagieren uns für die gerechte Repräsentation

von rassistisch diskriminierter Menschen (B/PoCs) auf allen Ebenen der Partei. Wir haben dafür am 2. Dezember 2017 den Antrag »Plural nach vorn« mitinitiiert und miterarbeitet, mit dem erstmals in einer Partei ein umfassendes Maßnahmenpaket für mehr Diversität innerhalb der Partei beschlossen wurde. Darunter eine unserer wichtigsten Forderungen, dass der Anteil von Menschen mit sog. Migrationshintergrund bis 2021 dem Anteil der Berliner Bevölkerung angepasst werden muss (z.Z. 31 %).

Wir arbeiten nun seit mehr als sechs Jahren sehr erfolgreich daran, B/PoCs als aktive Mitglieder für die Grünen zu gewinnen und zu empowern. Konkret bieten wir zum einen Schutzräume für den Austausch über Diskriminierungserfahrungen innerhalb und außerhalb der Partei. Zum anderen unterstützen wir Grüne of Colour, bei den Grünen anzukommen und langfristig verantwortungsvolle Aufgaben in Ämtern oder durch Mandate zu übernehmen. Außerdem erarbeiten wir gemeinsam Positionen, die wir auf vielfältige Weise in den

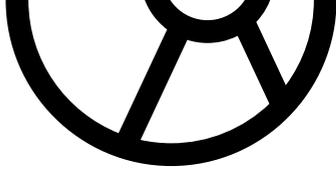
Meinungsbildungsprozess der Partei einbringen, und vermitteln Expert*innen of Colour als Referent*innen, um unsere Perspektive sichtbar zu machen und vertreten zu wissen.

Unser Fokus liegt zwar auf Repräsentation und Empowerment von B/PoCs, dabei bleibt aber unser Netzwerk offen für alle Menschen, die sich für rassistischer- und machtkritische sowie postkoloniale Perspektiven interessieren! Unser Ansatz ist menschenrechtsbasiert, macht- und rassismuskritisch und intersektional; uns ist es bewusst, dass es Mehrfachdiskriminierungen gibt. Für uns wird Feminismus bspw. nicht ausschließlich von weißen Frauen geprägt; in feministischen Debatten muss auch über Deutungshoheiten verhandelt werden.

Wir als Bunt-Grün hatten die Idee – eine Vision – von einer gerechten Repräsentation und es erfüllt uns mit großer Freude, dass wir nun zu einer Bewegung gewachsen sind, die nun viel Unterstützung innerhalb der Partei bekommt und viele Verbündete innerhalb und außerhalb der Partei gewonnen hat. Auch freuen wir uns auf jede weitere Person, die Teil unseres Netzwerks werden möchte.

Mail an: bunt@gruene-berlin.de

Filiz Keküllüoğlu und Deniz Yıldırım, Co-Sprecherinnen von Bunt-Grün



30

KREISVERBÄNDE

BEGEGNUNGEN IN DER BERGMANNSTRASSE

Die Kreuzberger Bergmannstraße steht seit langem im Fokus der Berichterstattung zur Verkehrswende. Das Pilotprojekt »Begegnungszone« sorgte berlinweit für Debatten. Jetzt wurde die Testphase für den Modellversuch beendet. Wir haben mit Florian Schmidt, Baustadtrat in Friedrichshain-Kreuzberg, darüber gesprochen, was das bedeutet und wie es jetzt weitergeht.

Florian, bedeutet der Abbau der Parklets das Ende dieses interessanten Experiments?

Nein. Wenn wir die Begegnungszone als verkehrstechnisches Experiment betrachten, dann haben die Parklets lange genug gestanden, um eine aussagekräftige Evaluation vorzunehmen. Eine andere Frage ist, ob die Begegnungszone als verkehrspolitisches Projekt Schaden durch den Abbau nimmt. Einige der Parteien, die für den Rückbau der Parklets waren, wollen genau das. Was sie allerdings bewirkt haben, ist etwas anderes. Die Begegnungszone und die Debatten zu dem Projekt haben gezeigt, wie wichtig die Verkehrswende und ihre Umsetzung ist.

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurde inzwischen eine Befragung von 4.000 Anwohnern*innen durchgeführt. Kannst du schon etwas zu dem Ergebnis sagen?

Das Ergebnis ist recht eindeutig. Die Mehrheit wünscht sich weniger Verkehr und Autos in der Bergmannstraße.

Zudem gab es eine Bürgerwerkstatt, was wurde dort diskutiert?

Am meisten Zustimmung fanden die Fahrradbügel auf dem Seitenstreifen, auch die Poller und die Übergänge. Auch Lieferparkplätze wurden begrüßt. Bei den Parklets wird die Ästhetik moniert. Die grünen Punkte finden kaum Freunde, aber die Argumente dagegen sind meist politischer Art: es werden die Kosten kritisiert.

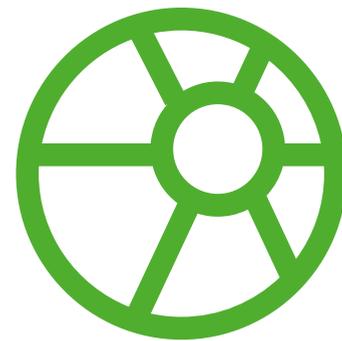
Wie wird es aus deiner Sicht nach dem Abbau der Parklets weitergehen in der Bergmannstraße?

Es wird schon jetzt im Kiez die Frage diskutiert, was an die Stelle der Parklets treten sollte. Im Bezirksamt analysieren wir gerade die verschiedenen Bedarfe. Danach soll ein Vorschlag vorgestellt werden, wie die Leerstellen genutzt werden könnten. Wir analysieren auch, wie man ehemaligen Parkraum »von unten« konzipieren könnte, also wie die Menschen selbst diesen Raum gestalten und nutzen können.

In Wien gibt es z. B. das Prinzip der Grätzl-Oase, übersetzt Kiez-Oase. Menschen können ehemaligen Parkraum für nichtkommerzielle Zwecke nutzen und werden dabei mit Ressourcen von der Stadt unterstützt. Wir brauchen für den Bezirk ein eigenes Konzept, denn der Raumbedarf für vielfältige Nutzungen ist enorm. Man muss das aber regeln.

Geht es bei der Bergmannstraße auch grundsätzlich darum, wie eine Verkehrswende gelingen kann?

Nach 70 Jahren autogerechter Stadtplanung kann man die Stadt auch nicht im Handstreich umgestalten. Friedrichshain-Kreuzberg ist der Modell-Bezirk in Sachen Verkehrswende. Im Vergleich zu den anderen Bezirken haben wir am schnellsten das Personal aufgestockt und die meisten baulichen Maßnahmen umgesetzt. Und die Bergmannstraße ist natürlich nur ein Teil davon.

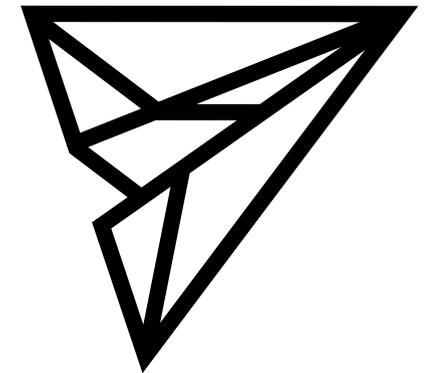


Das Interview führte Gerd Thorns (AG Verkehr, KV Friedrichshain-Kreuzberg).

31

KREISVERBÄNDE

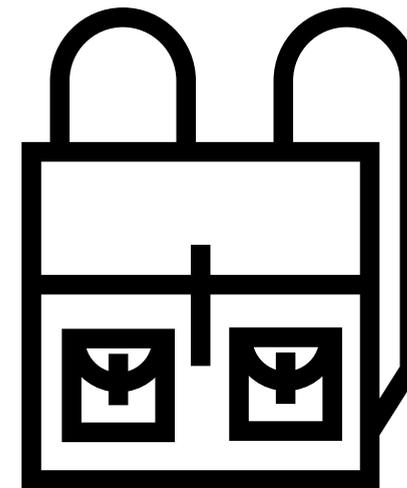
DAS FLIEGENDE KLASSENZIMMER



READY TO TAKE OFF!

Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist stark sanierungsbedürftig. Gleichzeitig steht die Hauptstadt vor einem riesigen Zuwachs an Schüler*innen. Jetzt sind schnelle und innovative Lösungen gefragt. Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg geht deshalb voran: Das Fliegende Klassenzimmer könnte zum Vorbild für ganz Berlin werden.

Sechs Klassenzimmer, zwei Teilungsräume, eine Küche und Sanitärräume – so sehen die fliegenden Klassenzimmer 1.0 aus. Sie sind als modulares Holzbausystem in der eingeschossigen Variante bereits an der Paul-Klee-Grundschule und an der Grundschule am Tempelhofer Feld in Betrieb gegangen. Die Fliegenden Klassenzimmer sind von meinem Facility Management (FM) als mobiles Bausystem konzipiert und entwickelt worden, um bei Sanierungen von Schulen den Lehr- und Lernbetrieb auslagern zu können. Sie reduzieren die Bauzeiten um fast die Hälfte und können nach der Sanierung an einem anderen Standort wieder neu aufgebaut werden.



Da ganze Generationen von Schüler*innen mit Schulsanierungen und -erweiterungen zu tun haben werden, ist es notwendig, den Lehrer*innen und den Schüler*innen trotzdem optimale Lehr- und Lernbedingungen zu ermöglichen. Holz als Baustoff, Deckenhöhen von drei Metern und low-tec-Lösungen, also Lösungen, bei denen nur ganz reduziert Technik notwendig wird, ermöglichen ein sehr gutes und angenehmes Raumklima. Doch seit dem Beginn der Schulbauoffensive ist der Schulplatzbedarf exorbitant gestiegen. Jetzt sollen die Fliegenden Klassenzimmer helfen, die steigenden Schülerzahlen auffangen zu können. Es muss also zuerst um die zügige Erweiterung der Kapazitäten gehen.

Insbesondere die Schulstandorte in der Innenstadt haben aber kaum noch Platz, um die eingeschossigen Fliegenden Klassenzimmer aufnehmen zu können. Die hierfür etwa 1.000 Quadratmeter benötigte Grundstücksfläche stehen an den meisten Standorten nicht zur Verfügung. Aus diesen Gründen soll das Erfolgsmodell des Fliegenden Klassenzimmers nun als mehrgeschossiges und in unterschiedlichen Varianten flexibel einsetzbares Holz-Bausystem entwickelt werden. Um dies zu erreichen, werden modulare Bauteile in unterschiedlichen Varianten entwickelt und die industrielle Vorfertigung noch weiter vorangetrieben.

Inzwischen ist das Modell des Fliegenden Klassenzimmers so attraktiv, dass mein FM nun mit einem Team von vier Personen als Dienstleister für ganz Berlin auftreten soll. Das Ergebnis der Planung ist dann eine funktionale Leistungsbeschreibung, die von jedem Bezirk benutzt werden kann. Ein Rahmenvertrag soll die Konditionen und Abrufbarkeit sicherstellen.

Die Planung für das Fliegende Klassenzimmer 2.0 wird im Jahr 2020 abgeschlossen. Zum Schuljahr 2021/22 sollen dann die ersten mehrgeschossigen fliegenden Klassenzimmer starten und landen. Dann heißt es: Ready to take off – und das ökologisch und nachhaltig.

von Jörn Oltmann
Stadtrat für Stadtentwicklung und
Bauen in Tempelhof-Schöneberg



CLAUDIO PRILLWITZ
REDAKTIONSMITGLIED

Mieten und Wohnen geht uns alle an. Wir alle sind vom Schwerpunktthema dieser Ausgabe betroffen. Auch unsere Redaktionsmitglieder.

Ich wünsche mir, dass Wohnen nicht zum reinen Luxusgut mutiert. Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, frei wählen zu können, wo er leben möchte. Der Ort, an dem man sich wohl fühlt, sollte einem nicht durch utopische Mietpreise verwehrt bleiben.



ASTRID LAMM
REDAKTIONSMITGLIED

Wohnen dominiert heute die gesamte Lebensplanung. Auch ich kann seit Jahren nicht umziehen und nehme weite Wege, Kosten, verlorene Zeit und Verkehrsstress in Kauf. Ich will nicht, dass Wohnen meine Lebensumstände bestimmt und nicht ich.



WOLFGANG SCHMIDT
REDAKTIONSMITGLIED

Landflucht in die Stadt oder Flucht aus dem inneren Ring? Krankenpfleger*innen, Erzieher*innen, Feuerwehrleute, Polizei und viele andere müssen 50% ihres Gehaltes für Miete aufbringen. Für hohe Renditen wird nach unseren Kiezen gegriffen. Berlin ohne Spekulant*innen – ja bitte!



HENRY ARNOLD
REDAKTIONSMITGLIED

Wohnen ist ein Grundrecht. Mieteinnahmen, die nicht dem Erhalt der Gebäude dienen, sind Verdienst ohne Leistung. Unser System macht wenige reich, die sich mit ihrem überflüssigen Geld unseren Platz zum Leben kaufen. Damit muss Schluss sein.



JENNIFER TIX
REDAKTIONSMITGLIED
UND GESTALTERIN

»In Berlin ist alles so günstig.« Nur nicht für diejenigen, die hier leben und arbeiten. Wohn- und Gewerbemieten steigen immens, das Gehaltsniveau kaum – auch nicht für die Mittelschicht. Um hier eine Zukunft zu haben, fordere ich bezahlbares Wohnen als Grundrecht.



HANNAH KÖNIG
REFERENTIN FÜR
PRESSE- UND ÖFFENTLICH-
KEITSARBEIT

Ich bin seit diesem Jahr Mitglied einer Genossenschaft, die lebenslanges Wohnrecht gewährt. Ich würde mir wünschen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sicher und ohne Angst zu wohnen. Wir brauchen einen Wohnungsmarkt, der sich am Gemeinwohl orientiert.

MITMACHEN

Parteien leben von den Menschen, die politisch aktiv sind und sie unterstützen. Wir Grünen sind stolz auf unsere Basisdemokratie und sind sicher: Du kannst etwas bewirken, mehr noch – Du machst den Unterschied!

Du kannst dich an vielen verschiedenen Stellen in der Partei einbringen.

KREISVERBÄNDE – VOR ORT AKTIV WERDEN

Unsere Kreisverbände sind das Herz unserer Partei: Hast Du Lust, Dich vor Ort zu engagieren und in Deinem Kiez etwas zu verändern? Dann schau einfach bei einem Kreisverband in Deiner Nähe vorbei. Weitere Informationen findest Du unter www.gruene.berlin/kreisverbaende-berlin.

LANDESGEMEINSCHAFTEN – DIE GRÜNEN DENKFABRIKEN

Dich interessiert ein ganz bestimmtes politisches Thema? Du kennst Dich in einem Fachgebiet besonders gut aus? Dann bringe Dich mit Deinem Wissen und Deinen Ideen in unseren Landesarbeitsgemeinschaften ein. Ansprechpersonen, Termine und Aktuelles findest Du unter www.gruene.berlin/landesarbeitsgemeinschaften.

Wir arbeiten derzeit zu folgenden Themen:

LANDESGEMEINSCHAFTEN

Bildung
Bündnisgrüne Christ*innen
Demokratie und Recht
Digitales & Netzpolitik
Drogenpolitik
Energie Berlin-Brandenburg
Europa Berlin-Brandenburg
Frauen* und Gender
Frieden & Internationales
Gesundheit & Soziales
Grüne Jugend Berlin

Kultur
Medien
Migration und Flucht
Mobilität
Planen Bauen Wohnen
Stadtentwicklung
QueerGrün
Tierschutzpolitik
Umwelt
Wirtschaft & Finanzen
Wissenschaft

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

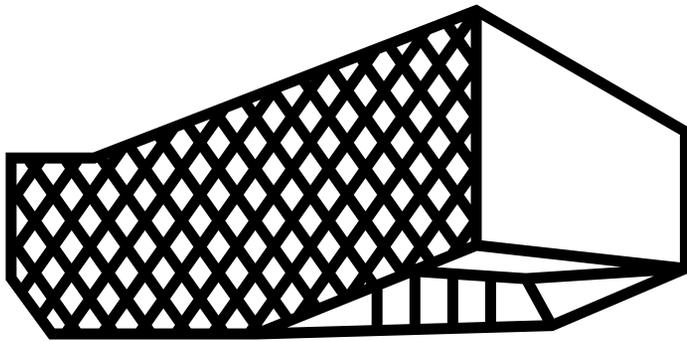
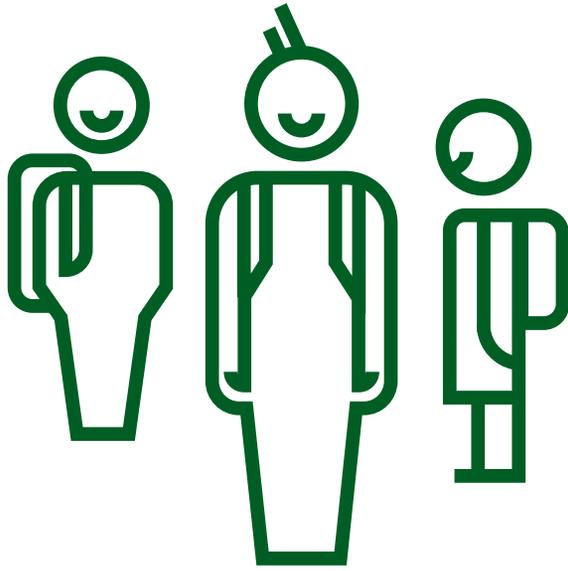
Ernährung und Landwirtschaft
Aktiv gegen Rechts
Bunt-Grün
Fahrrad
Grundsicherung/Grundeinkommen
Kinder Jugend Familie
Sportpolitik
Verbraucherschutz

GRÜNE JUGEND – JUNG, GRÜN, STACHELIG

Du denkst, dass Du zu jung für Politik bist? Stimmt nicht! Bei der Grünen Jugend Berlin findest Du viele junge Menschen, die sich politisch engagieren. Weitere Infos unter www.gj-berlin.de.

GRÜNE NETZFEUERWEHR – GEMEINSAM STARK

Wir überlassen das Netz nicht den rechten Trollen und dem Hass. Du möchtest mit uns die sozialen Netzwerke gegen Rechts verteidigen und zeigen, dass demokratisch und zivilisiert diskutieren auf Facebook, Twitter und Co. möglich ist? Dann werde Teil unserer grünen Netzfeuerwehr unter www.gruene.de/netzfeuerwehr.



© Dmitri Popov | unsplash

IMPRESSUM

12/2019, 41. Jg., Nr. 202

HERAUSGEBERIN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Berlin

Kommandantenstr. 80 | 10117 Berlin

(U2 Spittelmarkt)

T. (030) 61 50 05-0 | F. (030) 61 50 05-99

E. info@gruene-berlin.de

www.gruene.berlin

facebook.com/Buendnis90DieGrünenBerlin

twitter.com/gruene_berlin

instagram.com/gruene_berlin

REDAKTION

Claudio Prillwitz, Astrid Lamm, Wolfgang

Schmidt, Henry Arnold

Hannah König (V.i.S.d.P.)

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin

stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Die einzelnen Beiträge der Autor*innen geben

die Meinung der jeweiligen Verfasser*innen

wieder und nicht notwendigerweise die der

Redaktion. Lesebriefe bitte per E-Mail senden an

stachlige-argumente@gruene-berlin.de.

GRAFIK & LAYOUT

Großstadtzoo GbR

Rudolfstr. 11, 10245 Berlin

Jennifer Tix | Natascha Kornilowa |

Yella Schaub

www.grossstadtzoo.de